

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

1. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 26. Oktober 2021

Inhalt:

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble	1 A	Jan Korte (DIE LINKE)	12 D
Zur Geschäftsordnung:		Tagesordnungspunkt 3:	
Dr. Bernd Baumann (AfD)	1 B	Wahl der Präsidentin/des Präsidenten verbunden mit Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
Carsten Schneider (Erfurt) (SPD)	2 A	Dr. Rolf Mützenich (SPD)	14 B
Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU)	3 A	Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble	14 C
Tagesordnungspunkt 1:		Bärbel Bas (SPD)	15 C
Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten		Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble	15 C
Drucksache 20/2	4 B	Tagesordnungspunkt 4:	
Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble	4 A	Amtsübernahme durch die Präsidentin/den Präsidenten mit Ansprache	
Tagesordnungspunkt 2:		Präsidentin Bärbel Bas	15 C
Beschlussfassung über die		Tagesordnungspunkt 5:	
– Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages		Festlegung der Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten	
– Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)		Drucksache 20/5	18 C
– Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss		Fabian Jacobi (AfD)	18 D
– Geschäftsordnung für das Verfahren nach Artikel 115d des Grundgesetzes		Tagesordnungspunkt 6:	
Drucksache 20/1	7 D	Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten	
Gabriele Katzmarek (SPD)	8 A	Aydan Özoğuz (SPD)	20 B
Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU)	8 C	Yvonne Magwas (CDU/CSU)	20 C
Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9 C	Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20 C
Dr. Marco Buschmann (FDP)	10 C	Wolfgang Kubicki (FDP)	20 C
Stephan Brandner (AfD)	11 B		

Petra Pau (DIE LINKE)	20 D	Anlage 2	
		Ergebnis und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
Tagesordnungspunkt 7:		(Tagesordnungspunkt 3)	23 A
Nationalhymne	21 C		
Nächste Sitzung	21 C	Anlage 3	
		Ergebnisse und Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben	
Anlage 1		(Tagesordnungspunkt 6)	27 A
Entschuldigte Abgeordnete	23 A		

(A)

(C)

1. Sitzung

Berlin, Dienstag, den 26. Oktober 2021

Beginn: 11.00 Uhr

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Platz.

Ich begrüße Sie zur konstituierenden Sitzung des 20. Deutschen Bundestages. Es entspricht der ständigen Übung, zu Beginn der konstituierenden Sitzung nach den Regelungen der bisherigen Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu verfahren.

(B) § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sieht vor, dass das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist, den Vorsitz übernimmt, bis der Deutsche Bundestag eine Präsidentin oder einen Präsidenten gewählt hat.

Die Fraktion der AfD widerspricht dieser Praxis und hat beantragt, dass in der ersten Sitzung des Bundestages das an Jahren älteste Mitglied den Vorsitz führt.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Kollege Baumann.

(Beifall bei der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]:
Es geht genauso ätzend los wie beim letzten Mal!)

Dr. Bernd Baumann (AfD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute konstituiert sich ein neuer Bundestag. Seit bald zwei Jahrhunderten ist es fester parlamentarischer Brauch, dass ein sogenannter Alterspräsident diese erste Sitzung eröffnet. Das war immer – aus Respekt vor dem Alter – der älteste Abgeordnete von allen. Von der Frankfurter Paulskirche bis zum Parlament des Kaiserreichs, von der Weimarer Republik bis zum wiedervereinigten Deutschland, sogar bis tief hinein in die Regierungszeit Merkels – alle Reichstage, alle Bundestage hielten sich an diese Regel.

In fast zwei Jahrhunderten hat nur ein Parlament es gewagt, mit dieser Tradition zu brechen. Das war – man muss es deutlich sagen – 1933 nach der Machtergreifung mit einem Präsidenten Hermann Göring. Soll das Ihr Vorbild sein?

(Beifall bei der AfD – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Das ist die gleiche Rede! – Zurufe von

der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Davor hatte ich Sie schon 2017 gewarnt. Das ist keine gute Tradition. Kommen Sie wieder zurück auf den seit Jahrhunderten bewährten Weg aller deutschen Demokraten.

(Beifall bei der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]:
Göring ist aber Ihre Tradition!)

Warum wollen Sie diese Regel heute wieder durchbrechen? Ist doch klar: Wie vor vier Jahren kommt auch heute der älteste und erfahrenste Abgeordnete und damit der legitime Alterspräsident aus den Reihen der AfD. Akzeptieren Sie das. Erkennen Sie das endlich an. (D)

(Beifall bei der AfD)

Es gibt noch einen Grund, warum Sie sich weigern. Denn der Älteste und Erfahrenste in diesem neu gewählten Parlament ist Alexander Gauland, über ein halbes Jahrhundert in der deutschen Politik, auch an führenden Stellen, 40 Jahre davon in der CDU, und in den vergangenen vier Jahren der mächtigste und wortgewaltigste Oppositionsführer hier im Hause, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Den legitimen Alterspräsidenten Gauland wollen Sie verhindern. Genauso gehen Sie beim Amt des Vizepräsidenten vor. Auch das verweigern Sie uns seit vielen Jahren, ein wichtiges, ein zentrales Amt, das alle anderen Fraktionen bekommen und das laut der Geschäftsordnung auch der AfD zusteht. Beides, die Verweigerung des Alterspräsidenten wie auch des Vizepräsidenten, ist nicht nur eine Missachtung der AfD als gleichberechtigte Fraktion hier im Hause, schlimmer noch: Es ist auch eine Missachtung, eine Herabsetzung von Millionen Wählern, eine Beleidigung jedes einzelnen, eine Verhöhnung der Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Bernd Baumann

- (A) Am Umgang von Regierungs- und Parlamentsmehrheit mit der Opposition zeigt sich der Zustand einer Demokratie. Eigentlich müsste die EU-Kommission umgehend ein Rechtsstaatsverfahren eröffnen –

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

nicht gegen Ungarn, nicht gegen Polen, meine Damen und Herren, sondern gegen Deutschland wegen offensichtlicher und fortgesetzter Benachteiligung der Opposition in diesem Haus.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden nachher sehen, wie es bei der Wahl des Vizepräsidenten weitergeht. Mit Michael Kaufmann tritt ein sehr renommierter Hochschulprofessor an. Selbst der linke Ministerpräsident in Thüringen hat ihn gewählt, und nicht mal Frau Merkel hat das rückgängig gemacht.

(Beifall bei der AfD)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Als Nächstem erteile ich das Wort dem Kollegen Carsten Schneider, SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

- (B) Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute ist in der Tat ein besonderer Tag für die Demokratie. Nach der freien Wahl des deutschen Volkes stehen wir heute hier als Abgeordnete des Deutschen Bundestages, um uns als Bundestag zu konstituieren.

Von diesem Bundestag geht die Macht in Deutschland aus. Wir werden – die einen mit Ja, die anderen mit Nein – einen Bundeskanzler wählen. Dazu gibt es eine Neuerung – das gehört zur Demokratie dazu und zeichnet sie aus –, und zwar, dass drei Parteien miteinander eine Koalition anstreben, die bisher noch nie miteinander koalitiert haben. Es zeichnet diesen Bundestag und dieses Land aus, dass eine große Partei, nämlich die Union, die lange an der Macht war, diese friedlich und fair übergibt. Ich möchte mich ganz besonders bei der Unionsfraktion für die faire Zusammenarbeit der letzten Jahre bedanken. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das, bevor ich zur AfD und dem Antrag komme, auch in Richtung der amtierenden Bundeskanzlerin und der Minister. Ich sehe Minister Altmaier hier, den ich als Verhandler in der Arbeitsgruppe Wirtschaft vor wenigen Tagen angerufen habe, um mit ihm darüber zu sprechen, welche Dinge er uns mitgeben kann und dass er uns das Haus für Informationen öffnet.

(Dr. Gottfried Curio [AfD]: Sprechen Sie zur Sache!)

Das geschieht. Das ist Demokratie in Deutschland: faire Übergabe von Macht, Akzeptanz von Wahlergebnissen.

Sie, liebe AfD, haben die Wahl verloren. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Sie haben an Stimmen verloren, an Zustimmung in Deutschland.

Zur Demokratie gehört, dass sich dieser Bundestag, die Abgeordneten eine Geschäftsordnung geben. Das ist der Unterschied zur Weimarer Republik, die hier zu zitieren Sie, Herr Baumann, sich erdreistet haben; Sie haben sich erdreistet, hier von 1933 zu zitieren. Das ist eine Frechheit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Die haben sich an Regeln gehalten, Sie nicht!)

Die Verfassung der Weimarer Republik war gut. Es gab nur zu wenig Demokraten, die sie unterstützt haben, und es gab zu viele, die sie von innen heraus bekämpft und diffamiert haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Gottfried Curio [AfD])

Ihre Truppe hat dazugehört. Ihre Vorgänger haben dazugehört.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Bernd Baumann [AfD]: Sie machen den Nazivergleich! – Dr. Alice Weidel [AfD]: Es wird immer besser!) (D)

Wir schlagen vor, dass Alterspräsident, so wie es die Geschäftsordnung des letzten Bundestages vorgesehen hat, derjenige ist, der an Dienstjahren die meiste Zeit hier im Bundestag verbracht hat. Ich könnte mir gar keinen besseren Alterspräsidenten vorstellen als Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe ihn persönlich schätzen gelernt als Bundesfinanzminister in der Eurokrise. Ich habe ihn schätzen gelernt hier in der Zusammenarbeit als Präsident. Niemand verfügt über so viel Erfahrung, um diese erste Sitzung des Bundestages zu leiten und einen fairen Übergang zu garantieren.

Von daher: Wir lehnen Ihren Antrag strikt ab und sind für Herrn Dr. Schäuble.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Grosse-Brömer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) Liebe Kolleginnen und Kollegen, da meine Funktion als Alterspräsident im Moment noch umstritten ist, kann ich auf die Einhaltung der Geschäftsordnung nicht so drängen, wie ich es die letzten vier Jahre getan habe. Also überfordern Sie mich bitte nicht.

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Das hätte ich vorher wissen sollen!)

Bitte, Herr Grosse-Brömer.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Michael Grosse-Brömer (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Herr Baumann, Sie haben Herrn Gauland vorgeschlagen. Wer das dunkelste Kapitel unserer Geschichte als „Fliegenschiss“ bezeichnet, der hat sich schon dadurch disqualifiziert, hier jemals als Alterspräsident aufzutreten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Stephan Brandner [AfD]: Das war ein falsches Zitat, Herr Grosse-Brömer! Er hat nicht „Fliegenschiss“ gesagt!)

Sondern?

(Zurufe von der FDP und der AfD:
„Vogelschiss“!)

„Vogelschiss“ macht die Sache jetzt ausnahmsweise nicht besser. Aber vielen Dank für den Hinweis.

(B) (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei der AfD ist immer viel von Ausgrenzung die Rede. Die einzige Ausgrenzung, die hier stattfindet, ist die Selbstaussgrenzung aus den Reihen der AfD, insbesondere von denen, die „überzeugte Parlamentarier“ sind. Wir haben Sie die vergangenen vier Jahre erlebt, und eigentlich haben Sie nichts unversucht gelassen, diesem Parlament zu schaden.

Auch Ihr Antrag heute ist nicht besser. Insbesondere – das ist die Kontinuität in Ihrem Vorgehen – ist er wieder schlampig begründet. Da steht zum Beispiel, die Regelung zum Alterspräsidenten würde Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern benachteiligen, weil diese erst nach 1990 kandidieren konnten. Wenn Sie mal in die Liste der dienstältesten Kolleginnen und Kollegen geschaut hätten, was Sie im Gegensatz zu mir offenbar nicht getan haben,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das stimmt!)

dann hätten Sie festgestellt, dass auf Wolfgang Schäuble nur Mitglieder folgen, die nach 1990 in diesen Bundestag eingezogen sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Also ist die Begründung schon in der Sache völlig un schlüssig. Im Übrigen folgt an dritter Stelle der Kollege Gregor Gysi. Also, eine Schlechterstellung der ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen ist für mich spontan jetzt nicht erkennbar.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Jan Korte [DIE LINKE]: Das ist wahr!)

(C)

Ob das mit Herrn Gysi jetzt eine gute Idee wäre, ist eine andere Geschichte. Aber es ist erst mal so.

(Zuruf des Abg. Jan Korte [DIE LINKE])

Herr Dr. Schäuble, ich möchte die Gelegenheit nutzen, zu sagen: Die Regelung des Alterspräsidenten hat sich bewährt. Es ist eine besondere Freude, dass Sie heute als Alterspräsident diese Sitzung eröffnet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, im Namen meiner Fraktion herzlich Dank zu sagen für Ihre Tätigkeit als Bundestagspräsident in den letzten Jahren. Sie haben dieses Amt besonnen, unparteiisch und würdig ausgeführt. Sie haben den Bundestag gegen Angriffe von außen und von innen verteidigt, und Ihnen war vor allem der faire Ausgleich von Mehrheit und Opposition immer ein besonderes Anliegen. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Als Letztes kurz ein Hinweis, weil wir gerade von fairem Ausgleich von Mehrheit und Opposition sprechen: Auch Carsten Schneider danke ich herzlich für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Das haben wir gut hingekriegt. Jetzt sind wir in anderer Position. Mal gucken, wie es läuft. Aber ich glaube, wir haben gute Grundlagen, weiterhin vernünftig gemeinsam zu arbeiten.

(D)

Mit Blick auf fairen Übergang, den auch ich mir wünsche, und fairen Ausgleich von Mehrheit und Opposition möchte ich doch eines sagen: Gleich nach der Wahl eine traditionelle Sitzordnung im Plenum mit der Brechstange ändern zu wollen, ist kein guter Stil, finde ich.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der FDP)

Ich spüre einen Hauch von Arroganz der Macht. Aber ich bin auch überzeugt, dass die Opposition, insbesondere die Liberalen, so klug sind, davon abzusehen,

(Christian Lindner [FDP]: Die Opposition spricht von Arroganz der Macht!)

traditionelle Gepflogenheiten dieses Parlamentes – kaum in der Mehrheit – aus Eigennutz zu ändern.

(Christian Lindner [FDP]: Wahlrecht, sage ich nur! Wahlrecht pur als Opposition!)

Ich bin da sehr sicher. Ich setze auf die Einsichtsfähigkeit und Klugheit der FDP, die bewährte Tradition in diesem Hause zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen den Antrag der AfD aus, wie ich finde, guten Gründen ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/2 abstimmen. Wer stimmt für den Antrag der AfD? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist offenbar niemand. Dann ist der Antrag der AfD gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Damit verbleibt es dabei, dass nach § 1 Absatz 2 der Geschäftsordnung das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied den Vorsitz übernimmt. Michael Grosse-Brömer hat eben schon eindrucksvoll dargelegt, dass offensichtlich ich das bin.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich, den Vorsitz zu übernehmen, und füge gleich für eventuell noch kommende Geschäftsordnungsdebatten hinzu, dass ich ab jetzt wieder darauf achte, dass bei Reden zur Geschäftsordnung wirklich nur zur Geschäftsordnung gesprochen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

Jetzt rufe ich auf den Tagesordnungspunkt 1:

Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten

(B)**Drucksache 20/2**

Ich eröffne als Alterspräsident die erste Sitzung der 20. Wahlperiode. Ich begrüße unseren Bundespräsidenten, Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier. Herr Bundespräsident, wir freuen uns, dass Sie heute da sind.

(Beifall)

Dann begrüße ich die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, die heute auf ungewohntem Platz sitzt.

(Beifall)

Ich heiße die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestages, Frau Dr. Rita Süßmuth, herzlich willkommen,

(Beifall)

ebenso die ehemalige Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR, Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl.

(Beifall)

Stellvertretend für das Diplomatische Korps begrüße ich seine Exzellenz den Apostolischen Nuntius und alle weiteren Ehrengäste, die auf der Tribüne an dieser Sitzung teilnehmen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die anhaltende pandemische Lage erzwingt auch, dass diese Sitzung in Vollpräsenz nur unter Geltung zusätzlicher Infektionsschutz-

maßnahmen stattfinden kann. Die Fraktionen hatten sich ursprünglich darauf verständigt, dass für diese Sitzung ein 3-G-Konzept gilt. Das bedeutet, dass Zutritt zum Plenarsaal in der unteren Ebene ausschließlich diejenigen Personen haben, die vollständig gegen das SARS-CoV-2-Virus geimpft sind, von einer Coronaerkrankung genesen oder aktuell negativ getestet sind. **(C)**

Der Geimpft-, Genesenen- oder Getestetenstatus ist nach Maßgabe meiner Anordnung zur Anwendung der 3-G-Regel bei der Durchführung der konstituierenden Sitzung vom 14. Oktober 2021 als Zutrittsberechtigung zur unteren Ebene des Plenarsaals und zur West- und zur Abgeordnetenlobby nachzuweisen. Für die heutige Sitzung gelten als Nachweis für Ihren Status auch die Handgelenkbänder, die Sie zuvor erhalten haben.

Diejenigen Abgeordneten, die einen solchen Nachweis nicht erbringen oder trotz Nachweis mit Abstand sitzen möchten, haben die Möglichkeit, unter Wahrung des Abstandsgebots auf den Tribünen an der Sitzung teilzunehmen. Mikrofone sind dort vorhanden. Auch die später folgenden Wahlen finden für diese Abgeordneten auf der Tribüne statt.

Bitte beachten Sie, dass weiterhin die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung gilt. Sie kann am Sitzplatz, am Rednerpult und an den Saalmikrofonen abgelegt werden. Sofern Sie hier im Plenum einschließlich der West- und der Abgeordnetenlobby gegen diese Zutrittsregel, die Nachweispflicht, die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung sowie das für die Abgeordneten auf den Tribünenplätzen geltende Abstandsgebot verstoßen, kann dies mit den Mitteln des parlamentarischen Ordnungsrechts geahndet werden. **(D)**

Die Fraktion der AfD widerspricht nunmehr der Anwendung des 3-G-Konzepts.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte!)

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer stimmt für die Anwendung des von mir eben beschriebenen 3-G-Konzepts? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieses Konzept als Teil unserer parlamentarischen Ordnung gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses so beschlossen.

Nach Absprache mit den Fraktionen benenne ich als vorläufige Schriftführerinnen und Schriftführer die Damen und Herren Abgeordneten Gökay Akbulut, Norbert Altenkamp, Artur Auernhammer, Silvia Breher, Leni Breymaier, Sandra Bubendorfer-Licht, Astrid Damerow, Dr. Karamba Diaby, Esther Dilcher, Michael Donth, Thomas Erndl, Kay Gottschalk, Erhard Grundl, Mariana Harder-Kühnel, Peter Heidt, Marc Henrichmann, Thomas Hitschler, Dr. Bettina Hoffmann, Michael Kießling, Norbert Kleinwächter, Jens Koeppen, Christian Kühn (Tübingen), Markus Kurth, Ulrich Lechte, Paul Lehrieder, Isabel Mackensen-Geis, Dorothee Martin, Claudia Moll, Petra Nicolaisen, Jan Nolte, Josef Oster, Tabea Rößner, Felix Schreiner, Michael Schrodi, Katrin Staffler, Mathias Stein,

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Benjamin Strasser, Jessica Tatti, Dr. Hermann-Josef Tebroke, Kerstin Vieregge, Marja-Liisa Völlers, Wolfgang Wiehle, Gülistan Yüksel.

Ich bitte die Abgeordneten Gülistan Yüksel und Jens Koeppen, neben mir Platz zu nehmen.

(Zurufe von der AfD: Maske! 3-G-Regel!)

Denken Sie an die Maske.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir im Reichstagsgebäude tagen, ist ja eigentlich keiner Erwähnung wert. Und dennoch ist es heute eine Besonderheit. Wir kommen trotz der pandemischen Beschränkungen erstmals wieder alle gemeinsam im Plenum zusammen. Das macht eine überfraktionelle Verständigung möglich, die wir eben mit großer Mehrheit bestätigt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

In der vergangenen Legislaturperiode hat dieses Haus sogar, wenn nötig, einen überfraktionellen Konsens herstellen können, um die Handlungsfähigkeit des Parlaments zu sichern. Die Bürgerinnen und Bürger schauen auf uns. Ihre Erwartungen an das Parlament sind zu Recht groß. Wir sollten weiter alles tun, um dem gemeinsam gerecht zu werden.

- (B) Die heutige Abstimmung sollte nicht die letzte gewesen sein, in der wir mit überwältigender Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinweg entscheiden. Wenn uns das etwa beim Wahlrecht gelänge, wäre ich nach der auch für mich persönlich bitteren Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode bestimmt nicht traurig.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der LINKEN)

Eine Wahlrechtsreform, die diesen Namen verdient, ist allerdings keinen Deut leichter geworden. Und trotzdem duldet sie ersichtlich keinen Aufschub. Mehr möchte ich dazu nicht sagen, außer dass jedenfalls nach meinem Verständnis bei einer Entscheidung dieser Tragweite eigentlich keine politische Kraft im Parlament aus der Mitverantwortung für eine tragfähige Lösung entlassen werden sollte.

Konsens, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird in diesem Haus auch zukünftig nicht die Regel sein, und das sollte es auch nicht. Hier ist der Ort, an dem wir streiten dürfen, an dem wir streiten sollen, aber fair und nach Regeln, leidenschaftlich, aber auch mit der Gelassenheit, die einer erregten Öffentlichkeit Beispiel geben kann. Wenn wir das Prinzip der Repräsentation stärken wollen, dann müssen wir uns immer wieder um die Faszination der großen, strittigen Debatte bemühen. Das Parlament ist immer auch eine politische Bühne und nicht bloß eine notarielle Veranstaltung, um Koalitionsverträge abzuarbeiten, zumal sich die Entwicklungen einer vernetzten Welt mit ihren wechselnden Herausforderungen nicht an Koalitionsverträge halten, wie wir erfahren haben.

Umso mehr kommt es auf das Parlament an – als der Raum, in dem die Vielfalt an Meinungen offen zur Sprache kommt. Das wird noch wichtiger, weil in unserer Gesellschaft die Bereitschaft sinkt, gegensätzliche Standpunkte auszuhalten, Widerspruch überhaupt zuzulassen, weil der Drang nach Konformität in der Gruppe wächst, um von sich fernzuhalten, was dem eigenen Empfinden und Denken widerspricht.

Wir sollten den Streit in der *Mitte* der Gesellschaft suchen und ihn öffentlich hier im Parlament austragen, indem wir deutlich machen, dass nie eine Seite allein recht hat, dass um der Sache willen miteinander gerungen werden muss. Politik ist ja kein Selbstzweck. Wir dienen nicht dem Eigeninteresse einer gesellschaftlichen Gruppe oder einer Meinungsblase, sondern wir dienen der Gemeinschaft. Am Ende unserer Debatten stehen Entscheidungen, für die wir die Verantwortung tragen, durch Mehrheiten, die wechseln können. Das erleben wir gerade.

Ohne Kompromisse geht das nicht, erst recht nicht bei Mehrheitsverhältnissen wie nach dieser Wahl. Aber suchen wir auch nicht immer nur den kleinsten gemeinsamen Nenner, indem wir im Detail streiten. Trauen wir uns etwas zu, ob in Regierungsverantwortung oder als Opposition; sonst geht verloren, was die Demokratie eben auch dringend braucht: politische Führung.

Sie verlangt von uns als Abgeordnete den Blick für die wirklich großen Aufgaben und die Fähigkeit, das gesellschaftliche Interesse auf diese großen Aufgaben zu lenken, Orientierung zu geben. Dazu müssen wir bereit sein, den Menschen auch etwas zuzumuten. Nicht nur Antworten geben, die gern gehört werden, sondern Lösungen entwickeln und zur Diskussion stellen für die Aufgaben, die wir als drängend erachten, und davon die Bürger überzeugen: Dazu verpflichtet uns unser Mandat.

Das mitunter zähe Ringen um gesellschaftliche Mehrheiten sollten wir gerade auch denjenigen nahebringen, die mit Blick auf den Klimawandel von der Trägheit demokratischer Prozesse enttäuscht sind und sofortiges Handeln fordern. Ihre Motive sind nachvollziehbar, aber wissenschaftliche Erkenntnis allein ist noch keine Politik und schon gar nicht demokratische Mehrheit. Wer Ziele und Mittel absolut setzt, bringt sie gegen das demokratische Prinzip in Stellung. Übrigens kann die Wissenschaft genauso wenig letzte Gewissheit liefern, und in der Demokratie gibt es sowieso nicht die eine richtige Entscheidung. Genau damit müssen wir umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu Beginn der Pandemie haben wir ja erlebt, wie groß in einer Gefahrensituation das Bedürfnis nach klaren politischen Vorgaben ist; wir brauchten wissenschaftlichen Rat. Doch der Stand der Virologie und der Medizin war damals noch recht unsicher, weil es eben ein neues Phänomen war. Die wissenschaftliche Logik, die nicht nur auf Konsens, sondern gerade auf Ambiguität, Zweifel und Widerspruch beruht, geriet in ein Spannungsverhältnis zu den drängenden politischen Notwendigkeiten. Parlament und Regierung mussten handeln. Und wir mussten

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) trotz des unsicheren Erkenntnisstands und im Wissen um die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Forschung rasch Entscheidungen treffen und dabei verschiedene Disziplinen hören: die Soziologie, die Ökonomie, Psychologie und Pädagogik, auch den Ethikrat. Denn natürlich galt es, die ethisch-moralische Dimension genauso wie die verfassungsrechtlichen Aspekte unserer Maßnahmen mit zu bedenken. Wir haben auch die unterschiedlichen Argumente von Interessengruppen einbezogen.

In dieser Situation wurde ja wieder besonders deutlich: Politik ist immer ein schwieriger Abwägungsprozess, ein Austarieren widerstreitender Interessen. Dabei darf sie den Blick auf das große Ganze nie verlieren. Das ist Politik: das Ringen um Mehrheiten, die Suche nach Lösungen, nach bestem Wissen und Gewissen Entscheidungen treffen und sie dann auch verantworten. Es berührt unser Selbstverständnis als Demokraten. Aber wir müssen stets neu beweisen, die großen Herausforderungen unserer Zeit im Rahmen von Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Demokratie bewältigen zu können.

In der Coronapandemie ist es im Großen und Ganzen gelungen, auch unter enormem Entscheidungsdruck kontroverse Debatten zu führen und widerstrebende Werte und Interessen gegeneinander abzuwägen, auch wenn sich im Einzelnen Kritik immer üben lässt. Die parlamentarische Demokratie hat eine beispiellose Bewährungsprobe bestanden, und diese Erfahrung kann uns Mut machen für andere globale Herausforderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Die parlamentarische Demokratie wird im Wettbewerb mit autoritären Systemen bestehen, wenn wir als Gesetzgeber die Weichen so stellen, dass unsere Regierungsform neben ihrer Wertegebundenheit auch durch Effizienz überzeugt. Aber hüten wir uns gleichzeitig vor der Versuchung, alles regeln zu wollen. Politik weiß nicht alles besser. Wenn Politik meint, sie habe keine Grenzen, ist das mindestens genauso gefährlich, wie wenn andere glauben, sie seien keinen Begrenzungen unterworfen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

Das Prinzip unserer freiheitlichen Ordnung ist, dass sie begrenzt ist.

Der Souverän hat mit seiner Wahlentscheidung vom 26. September die parteipolitische Vielfalt im Bundestag bestätigt und neue Mehrheiten ermöglicht. Für 279 Abgeordnete beginnt heute ein neues Leben als Parlamentarier. Behaupte noch einer, die parlamentarische Demokratie könne sich nicht personell erneuern: Fast 40 Prozent aller Mitglieder unseres Hauses bringen ihre Lebenswege, andere berufliche Hintergründe, persönliche Erfahrungen und Meinungen erstmals hier ein.

Gestatten Sie mir gerade an Sie, unsere neuen Kolleginnen und Kollegen, gewandt eine persönliche Bemerkung: Mit diesem Mandat, das Ihnen auf Zeit verliehen ist – bei dem man im Übrigen nie genau wissen kann, wie lange diese Zeit dann wirklich dauert –, kommt eine außergewöhnliche und erfüllende Arbeit auf Sie zu und zugleich eine strapaziöse und vereinnahmende Zeit. Bei allem politischen Elan: Die Arbeit auf offener Bühne ver-

langt, das Private zu schützen. Seine Integrität wahrt, wer weiterhin zuhören kann und seinen inneren Kompass nicht verliert, wer sich in Kollegialität und Fairness übt, wer sich über die Verhaltensregeln, die wir uns geben, hinaus den Sinn dafür bewahrt, was anständig ist und – womöglich noch stärker – was unanständig ist. Früher hätte man gesagt: Was sich gehört und was nicht.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD und der LINKEN)

Wir alle repräsentieren als Abgeordnete das Volk. Wir vertreten die legitimen Interessen unserer Wähler und Parteien. Aber: Wir haben immer auch das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Verwechseln wir Repräsentation nicht mit Repräsentativität. Jeder Einzelne von uns bildet nicht einfach einen Teil des Volkes ab. Artikel 38 GG ist eindeutig: Abgeordnete – jeder Abgeordnete! – sind „Vertreter des ganzen Volkes“. Auch wenn sich natürlich die gewachsene Vielfalt unserer Gesellschaft in der Volksvertretung wiederfinden soll: Der Bundestag wird nie ein exaktes Spiegelbild der Bevölkerung sein. Wer Repräsentation mit Repräsentativität gleichsetzt, wird eine Fülle eklatanter Abweichungen finden: in beruflicher, in regionaler, in kultureller oder religiöser Hinsicht. Und er leistet dem irrigen Verständnis Vorschub, dass gesellschaftliche Gruppen nur durch ihre eigenen Angehörigen vertreten werden könnten.

(Beifall bei der AfD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(D) Aber bei wem wollen wir dann anfangen? Und wo endet das? Ein Parlament, das zwar die Vielfalt abbildet, aber darüber keine Mehrheiten schaffen kann, ist eben kein Parlament!

Unsere repräsentative Demokratie beruht auf der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger – ohne Rücksicht auf ihre soziokulturellen Merkmale. Als Parlamentarier muss sich eine Juristin aus der Finanzverwaltung mit Fragen der Landwirtschaft vertraut machen und der Handwerksmeister Entscheidungen über eine Pflege-reform treffen. Darin besteht das Mandat von Abgeordneten. Als gewählte Repräsentanten vertreten wir die Repräsentierten nicht durch unsere Person, sondern durch unsere Politik. Durch sie sollten alle Menschen politisch Gehör finden. Der Bundestag bündelt Interessen, und er trägt damit Verantwortung für den Zusammenhalt in unserem Land. Deshalb sollten wir uns immer wieder selbst hinterfragen, ob wir, ob unsere Parteien der Vielfalt an Interessen und Meinungen genügend Gehör verschaffen und auch ob die Erwartung der Bevölkerung, an Gestaltungsprozessen selbst teilhaben zu können, ausreichend erfüllt wird.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich das Parlament mit einem Bürgerrat für eine Form der deliberativen Demokratie geöffnet. Ich denke, dieser Bundestag wäre gut beraten, sich noch einmal intensiv mit den Vorteilen, aber auch den Grenzen dieser Art von Bürgerbeteiligung zu befassen, zumal Bürgerräte einen Raum schaffen, in dem unterschiedliche Menschen zusammenkommen, einander kennenlernen und sich austauschen

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

(A) müssen. *Miteinander*. Vereinzelungsorte haben wir ja schließlich mehr als genug. Mehr Mitsprache heißt nicht automatisch mehr Partizipation und auch nicht zwangsläufig mehr Akzeptanz für die am Ende im Parlament getroffenen Entscheidungen. Dabei leistet die repräsentative Demokratie, was auf keinem anderen Weg vergleichbar gelingt: nicht nur die Vertretung mobilisierbarer Interessen, sondern auch der Ausgleich widerstreitender Interessen, nicht nur fordern, sondern auch gestalten, nicht nur entscheiden, sondern auch verantworten. Davon werden wir die Bürger jedoch nur überzeugen, wenn wir unsere Rolle aktiv wahrnehmen. Es braucht ein selbstbewusstes Parlament, und es braucht selbstbewusste Parlamentarier.

Das fordert viel von uns. Da ist der Wille des Wählers, aber auch die Eigenständigkeit des Gewählten und die Abhängigkeit des einen vom anderen. Da ist der Drang, sich profilieren zu wollen, und gleichzeitig die Notwendigkeit, als Fraktion Geschlossenheit zu zeigen. Da ist das Selbstverständnis der Fraktion auf Eigenständigkeit und in Regierungsverantwortung der Druck, stabile parlamentarische Mehrheiten zu sichern. Diesem Spannungsfeld können wir nicht ausweichen. Aber wir sollten uns dessen bewusst sein und uns um die richtige Balance bemühen. Denn wir tragen Verantwortung dafür, das Parlament gegenüber wachsenden plebiszitären Ansprüchen zu stärken. Und im Übrigen liegt es an uns, wie weit wir unsere Gestaltungsspielräume als Gesetzgeber einengen lassen durch eine Rechtsprechung, die bisweilen mindestens an die Grenzen ihres Mandats geht.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der AfD sowie des Abg. Carsten Schneider [Erfurt] [SPD])

Dazu gehört für mich dann allerdings auch, Verantwortung, die politisch wahrzunehmen ist, nicht auf Gerichte abzuwälzen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

Bei unseren Entscheidungen sind wir heute im Übrigen stärker denn je in globale Zusammenhänge eingebunden. Die komplexen Herausforderungen lassen sich nicht mehr allein im Nationalstaat bewältigen. Deshalb werden wir in einer Welt des rasanten Wandels den Bürgerinnen und Bürgern auch nur dann Halt geben können, wenn wir Europa stärken und zusammenhalten. Dazu braucht es unsere Bereitschaft, die anderen besser verstehen zu wollen, die Interessen, Erfahrungen, die historischen und kulturellen Prägungen der anderen zu kennen und zu respektieren. Ich habe in den Jahren, in denen ich diesem Haus und verschiedenen Regierungen angehören durfte, die Erfahrung gemacht: Parlamente können hier ergänzend zur Regierung manches bewirken. Als Abgeordnete sind wir es ja gewohnt, unterschiedliche Sichtweisen, widerstreitende, aber legitime Interessen auszuhandeln.

Wir haben vor drei Jahren mit der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung eine weltweit einzigartige binationale Kammer geschaffen, die in der

Pandemie eindrucksvoll bewiesen hat, wozu sie in der Lage ist. Wir können stolz darauf sein, und wir sollten darauf aufbauen. (C)

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Vergessen wir darüber aber bitte auch nicht die besondere Mittlerrolle, die Deutschland für unsere mittelost- und osteuropäischen Nachbarn zukommt – auch und gerade diesem Parlament. Leisten wir unseren Beitrag dazu, dass sich die Spaltungen in Europa nicht weiter vertiefen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Noch ein persönliches Wort zum Schluss. Ich habe in den vergangenen vier Jahren in diesem Haus ein fraktionsübergreifendes hohes Maß an Unterstützung und Respekt im Amt des Bundestagspräsidenten erfahren – dafür bin ich dankbar –, und ich erhoffe und erbitte es auch für meine Nachfolgerin, die wir heute in dieses Amt wählen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Als Abgeordnete haben wir alle die gleichen Rechte; darüber hat der Präsident/die Präsidentin zu wachen, mit aller Kraft. Aber wir haben auch alle die gleichen Pflichten. Am Verhalten jedes Einzelnen von uns – auch das mussten wir zuletzt wieder erfahren – hängt die Würde dieses Hauses. Wir haben es in der Hand, ob die Bürgerinnen und Bürger dieser Volksvertretung das schenken, worauf die parlamentarische Demokratie aufbaut, nämlich ihr Vertrauen. (D)

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Anwesenden erheben sich)

– Bringen Sie mich bitte nicht zu sehr in Rührung.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beschlussfassung über die

- Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
- Gemeinsame Geschäftsordnung des Bundestages und des Bundesrates für den Ausschuss nach Artikel 77 des Grundgesetzes (Vermittlungsausschuss)
- Geschäftsordnung für den Gemeinsamen Ausschuss
- Geschäftsordnung für das Verfahren nach Artikel 115d des Grundgesetzes

Drucksache 20/1

Es liegt ein Antrag der Fraktion der SPD zur Weitergeltung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sowie weiterer Geschäftsordnungen vor. Dazu liegen weiterhin zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Mir ist mitgeteilt worden, dass das Wort gewünscht wird. Das Wort hat die Kollegin Gabriele Katzmarek, SPD.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Katzmarek (SPD):

Sehr geehrter Herr Alterspräsident! So muss ich es jetzt sagen, genau; ich muss mich daran gewöhnen.

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nicht lange.

Gabriele Katzmarek (SPD):

Nicht lange; da haben Sie schon recht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Übernahme der Geschäftsordnung ist eine der ersten wichtigen Entscheidungen, die wir heute zu Beginn der Wahlperiode treffen müssen. Die Geschäftsordnung ist Grundlage für unsere gemeinsame Arbeit. Sie hat sich über viele Wahlperioden bewährt und wird uns auch durch die neue Wahlperiode tragen. Es ist gute Tradition, dass wir die Geschäftsordnung am Anfang einer Wahlperiode mit breiter parlamentarischer Mehrheit übernehmen, und das sollten wir auch heute tun.

- (B) Sie ist nicht in Stein gemeißelt – das wissen diejenigen, die bereits in der letzten Wahlperiode hier im Bundestag tätig waren –, sondern die Geschäftsordnung ist immer ein, ich sage mal, lebendiges Dokument, das sich den Gegebenheiten des Parlamentarismus, aber auch den Gegebenheiten der Arbeit hier im Deutschen Bundestag anpassen muss. Das muss eine Geschäftsordnung dann auch immer wieder in ihrer Entwicklung nachvollziehen. Wir haben dieses bereits in der letzten Wahlperiode bewiesen und einige grundlegende Änderungen beschlossen, vor allem und vorangestellt die überfällige Reform der Verhaltensregeln.

Wir begrüßen auch ausdrücklich die Initiative des scheidenden Präsidenten Herrn Schäuble, die Geschäftsordnung in dieser Wahlperiode einer Generalüberholung zu unterziehen. Wir sind gerne bereit, diese Impulse aufzunehmen, und laden auch alle anderen Fraktionen dazu ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Die Vorschläge der Opposition sind ernst zu nehmen. Wir möchten sie aufgreifen und möchten gemeinsam mit Ihnen darüber diskutieren, wie eine Geschäftsordnung überarbeitet werden und in der nächsten Zeit auch wirken kann.

Wir plädieren allerdings auch dafür, dass wir die in der letzten Legislaturperiode eingeführten Regelungen für das digitale Tagen von Ausschüssen – vorerst zeitlich möglichst kurz – beibehalten; das können Sie auch unserem Antrag entnehmen. Und wir plädieren dafür, das eingeführte coronabedingte Absenken der Quoren, das notwendig war für die Beschlussfähigkeit des Deutschen Bundestages, in die neue Geschäftsordnung nicht mehr aufzunehmen.

- (C) Ich bitte, wir bitten Sie um Zustimmung zum vorliegenden Antrag zur Weitergeltung der Geschäftsordnung, damit wir in der erforderlichen Zeit, die wir dann haben, die notwendigen Änderungen gemeinsam diskutieren und hier verabschieden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Stefan Müller, CDU/CSU, hat als Nächster das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Konstituierung des Bundestages ist ein Festtag der Demokratie. Und wenn man sich auf der Welt mal umsieht und sich anschaut, wie die Situation anderswo ist, dann muss und darf man festhalten: Dass hier und heute ein unabhängiges, ein frei gewähltes, starkes Parlament zusammenkommt, ist ein Geschenk – ein Geschenk, auf das wir stolz sein und für das wir dankbar sein können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

- (D) Ich sage das deswegen, weil Demokratie ja immer auch ein Streit nach Regeln ist, und diese Regeln geben wir uns mit der Geschäftsordnung, die wir gleich beschließen. Diese Geschäftsordnung hat sich insgesamt bewährt, unser parlamentarisches Miteinander zu organisieren; deswegen werden wir den Antrag der SPD auch unterstützen. Dieses Bewähren gilt insbesondere auch für die Kernaufgaben, die dieses Parlament hat, nämlich die Gesetzgebung und die Regierungskontrolle.

Natürlich kann man der Auffassung sein, dass manche der Regeln, die schon einige Jahrzehnte alt sind – die Geschäftsordnung ist, glaube ich, in den 80er-Jahren zum letzten Mal wirklich grundlegend überarbeitet worden –, nicht mehr zeitgemäß sind; darüber herrscht, so denke ich jedenfalls, auch fraktionsübergreifend Übereinstimmung.

Frau Kollegin Katzmarek hat es gerade angesprochen: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat vor Kurzem angeregt, diese Regeln einer Überarbeitung zu unterziehen. Dem Vorschlag, das im zuständigen Geschäftsausschuss zu tun, schließen wir uns ausdrücklich an.

Nicht überarbeitungsbedürftig ist die Geschäftsordnung für uns allerdings bei der Wahl des Bundeskanzlers. Wir werden ja gleich auch über Änderungsanträge der AfD entscheiden; deswegen möchte ich dazu auch gerne Stellung nehmen und die Position der CDU/CSU hier vortragen. Wir glauben, diese Regelungen haben sich in der Vergangenheit bewährt.

Um es in aller Klarheit zu sagen: Eine Kanzlerwahl dient nicht der persönlichen Profilierung einer Fraktion, sondern sie dient dazu, diesem Land eine stabile Regie-

Stefan Müller (Erlangen)

- (A) rung zu geben. Deshalb soll ja nach dem Willen der Mütter und Väter des Grundgesetzes eine solche Wahl nur auf die Tagesordnung dürfen, wenn erkennbar ist, dass sich für eine erfolgreiche Kanzlerwahl auch eine erkennbare Mehrheit im Bundestag organisiert hat. Daran orientiert sich auch unsere Geschäftsordnung: Der Bundespräsident macht einen Wahlvorschlag; scheidet dieser Vorschlag, muss ein neuer Vorschlag von mindestens einem Viertel der Abgeordneten im Bundestag unterzeichnet sein.

Genau da setzt die AfD an, möchte das ändern, möchte gewissermaßen eine Sonderregel für sich selbst einführen. Man stellt sich die Frage, warum das jetzt ausgerechnet am heutigen Tag stattfindet, wo die Kanzlerwahl gar nicht zur Diskussion steht.

(Beatrix von Storch [AfD]: Aber die Geschäftsordnung!)

Wer sich einmal die letzte Wahlperiode anschaut, der weiß ganz genau: Es geht gar nicht um die Sache, sondern es geht darum, für Social Media die richtigen Videoclips zu produzieren. Es geht darum, hier die große politische Bühne zu haben, um sich inszenieren zu können; es geht um nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

- (B) Die AfD versucht seit mittlerweile vier Jahren, die Bundestagssitzungen für ihren parteipolitischen Klamauk zu missbrauchen. Wir werden nicht zulassen,

(Zuruf von der AfD: Frechheit!)

dass Sie das auch bei der Kanzlerwahl so machen.

Die AfD möchte als Fraktion Misstrauensanträge ohne Mindestzahl von Unterstützern stellen können. Hier gilt das Gleiche: Dies ist der Plenarsaal des Bundestages, nicht der Spielplatz für Ihre destruktive Propaganda.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Es würde Ihnen bei diesen Misstrauensanträgen nur darum gehen, permanentes Misstrauen in die Institutionen und in unseren Staat zu säen. Das werden wir nicht zulassen. Deswegen werden wir als CDU/CSU Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Dr. Alice Weidel [AfD]: Dafür haben Sie auch die Quittung gekriegt! – Jan Korte [DIE LINKE]: Das war ganz gut! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel [AfD]: Na ja!)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen, hat als Nächste das Wort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Sehr geehrter Herr Alterspräsident Wolfgang Schäuble! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat wichtig und notwendig, dass wir uns gleich zu Beginn dieser konstituierenden Sitzung einen Rahmen geben. Dieser Rahmen als Grundlage für die Zusammenarbeit ist unsere Geschäftsordnung. Das ist wichtig und notwendig für uns, damit klar ist, wie die Arbeit des Parlamentes funktionieren kann. Manche haben einen solchen Rechtsrahmen nötiger als andere; aber für uns alle ist er verbindlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, das ist gut und richtig. Der Antrag, den die SPD vorgelegt hat, reagiert an einigen Stellen auch auf die aktuelle Situation. So regelt § 126a der Geschäftsordnung in der pandemischen Zeit eine Ausnahme für die Beschlussfähigkeit des Deutschen Bundestages. Diese heben wir mit dem heutigen Tag auf. Es ist richtig und notwendig, das zu tun; denn wir haben vereinbart, bis auf sehr wenige dort oben, dass wir in einem 3-G-Regime durchaus auch in größerer Anzahl hier tagen können. Deshalb erübrigt sich also auch die Frage, ob wir auch in einer kleineren Anzahl beschlussfähig sind. Also, das macht Sinn, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Wir werden auch im weiteren Prozess noch über einige Änderungen der Geschäftsordnung reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen spreche ich jetzt die Neuen hier im Haus an: Natürlich ist eine Geschäftsordnung auch etwas wahnsinnig Lebendiges; denn sie ist ja nicht statisch. Wir haben in den letzten Monaten schon oft darüber geredet, an welcher Stelle wir Änderungen brauchen. Wollen wir zum Beispiel beim Fragerecht noch etwas ändern? Wollen wir uns andere Regeln in bestimmten Umgängen mit den Fraktionen geben? All das wird in den nächsten Wochen und Monaten im Geschäftsausschuss und abschließend hier diskutiert. Deshalb ist es richtig und gut, zu sagen: Das machen wir dann im Geschäftsausschuss und bereiten das für das Parlament vor. – Dennoch liegen heute zwei Änderungsanträge vor. Von mir aus nehmen wir die auch mit in den Geschäftsausschuss. Da können wir noch einmal über den Sinn und Unsinn dieser Änderungsanträge der AfD diskutieren.

Ich will in der Sache trotzdem ganz kurz etwas dazu sagen: Was soll dieser Änderungsantrag im Hinblick auf die Absenkung der Anzahl der Abgeordneten,

(Stephan Brandner [AfD]: Das erkläre ich Ihnen gleich!)

den Bundeskanzler, die Bundeskanzlerin mit einem Viertel der Mitglieder dieses Hauses wählen zu können? Meine Damen und Herren, wer nachdenken kann – das hilft in dieser Situation –,

Britta Haßelmann

(A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weiß, dass wir bei sehr, sehr vielen Gesetzgebungsverfahren hier im Haus die Kanzler/-innenmehrheit brauchen. Wo sollte also der Sinn liegen, meine Damen und Herren, ausgerechnet bei der Wahl eines Kanzlers oder einer Kanzlerin zu sagen: „Dafür reicht ein Viertel“, außer der Tatsache, dass sich die Abgeordneten der AfD damit erneut ausleben wollen: Woche für Woche, Monat für Monat?

(Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben den Antrag nicht verstanden!)

Ich finde, es gibt keine sachlich guten Gründe, und das Parlament sollte dem keine Zustimmung geben, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN)

Es ist doch albern. Wir brauchen 369 Abgeordnete für eine Kanzler-/Kanzlerinnenmehrheit bei besonders relevanten Fragen. Aber mit einem Viertel der Abgeordneten soll man den Kanzler oder die Kanzlerin vorschlagen können? Das ist doch absurd. Und die Ankündigung, dass ein gewisser Herr Brandner das vorstellen will, macht es nicht besser, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

(B) Also ich schlage vor: Wir nehmen das mit. – Meine Haltung dazu ist klar, und ich habe gehört: Anderen geht es ähnlich.

Der zweite Änderungsantrag im Hinblick auf die Frage, ob wir demnächst parlamentarische Initiativen oder Anträge, so wie es die Lebenswirklichkeit vieler Menschen abbildet, auch gendern. Das scheint den Horizont mancher Abgeordneter in der AfD zu übersteigen.

(Zuruf der Abg. Beatrix von Storch [AfD])

Sie merken: Die Stimmung wird auch anders. Man hält es kaum aus.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage nur, meine Damen und Herren: Kommen Sie doch einfach in der Lebenswirklichkeit an.

(Enrico Komning [AfD]: Das ist Ihre Lebenswirklichkeit!)

Machen Sie es doch, wie Sie es wollen, aber schreiben Sie nicht allen anderen vor, was sie zu denken, zu tun und zu reden haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Insofern nehmen wir das gerne mit in die Diskussion im Geschäftsordnungsausschuss. Ich denke, wir starten heute einfach einmal ganz gut durch, und das ohne die Änderungsanträge der AfD.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP) (C)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Marco Buschmann, FDP.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Marco Buschmann (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als ich gestern insbesondere die neuen Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion auf den heutigen Tag eingestimmt habe, habe ich von einem wehevollen Tag gesprochen, einem Tag, der so ein bisschen ähnlich ist wie Taufe oder Erstkommunion,

(Jan Korte [DIE LINKE]: Oder Jugendweihe!)

weil man etwas ganz Neues in seinem Leben erlebt. – Man kann auch, Herr Kollege Korte, Jugendweihe sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Entscheidend ist aber, dass wir heute das ausstrahlen, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten, nämlich einen würdigen Umgang mit der Verantwortung, die sie uns allen übertragen haben. Zu diesem würdigen Umgang gehört der Streit nach Regeln. Das hat der scheidende Präsident vorhin gesagt. Diese Regeln geben wir uns jetzt, und es spricht für die Kultur unseres Parlamentarismus, dass wir einen sehr breiten Konsens haben, was den übergroßen Teil der richtigen und angemessenen Regeln (D) für diesen Streit angeht. Deshalb unterstützen wir auch den Antrag der größten Fraktion des Hauses, die diesen Antrag traditionell einbringt, den Frau Katzmarek hier gerade vorgetragen hat. – Das ist die erste Bemerkung, die ich machen wollte.

Die zweite Bemerkung ist: Auch wir begrüßen es, dass wir die Geschäftsordnung einer Modernisierung unterziehen. Wir haben in der Coronazeit gelernt, dass es überhaupt nicht wehtut, Kolleginnen oder Kollegen digital zuzuschalten, Sachverständige digital zuzuschalten. Vieles, was lange Zeit als unwürdig, außergewöhnlich oder nicht umsetzbar galt, ist mit dem kleinen Vorbehalt, dass es technisch noch immer nicht ganz reibungslos klappt, überhaupt nicht schlimm. Es ist ein Gewinn für viele Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich auf eine Debatte zur grundlegenden Modernisierung der Geschäftsordnung.

Mit meiner dritten Bemerkung möchte ich auf einen der beiden bereits angesprochenen Änderungsanträge der AfD eingehen. Was technisch ein wenig auf leisen Sohlen daherkommt, nämlich die Absenkung des Quorums für einen Antrag sowohl zur Wahl als auch – darum geht es in Wahrheit wirklich – zur Abwahl eines Bundeskanzlers, ist in Wahrheit eine völlige Umkehrung des Charakters dieses Instruments. Die Abwahl des Bundeskanzlers, wie sie unser Grundgesetz vorsieht, ist eine Antwort auf unsere Geschichte. Die Abwahl eines Bundeskanzlers kann nur erfolgen durch die Neuwahl eines Kanzlers. Es ist das berühmte konstruktive Misstrauensvotum. Das konstruktive Misstrauensvotum ist eine Antwort auf unsere

Dr. Marco Buschmann

- (A) Geschichte, weil es in der Weimarer Republik ganz einfach war, eine Mehrheit gegen etwas zu organisieren. Es war leicht, eine Mehrheit zu haben, die sich darauf einigt, dass man unzufrieden ist mit dem Bestehenden, dass man sich aus der Verneinung heraus definiert. Aber es war eben schwer, eine Mehrheit zu organisieren, die sich für etwas ausspricht, für etwas, das man gemeinsam in der Mehrheit für das Bessere hält. Dadurch kam es zustande, dass reihenweise Regierungen in der Weimarer Republik aus dem Amt gejagt wurden, dass die Bürgerinnen und Bürger damals das Vertrauen in die Institutionen verloren. Und das hat mit dazu beigetragen, dass der Weg in die Diktatur geebnet wurde.

Daraus haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes eine Lehre gezogen, dass nämlich die Beseitigung eines gewählten Bundeskanzlers aus dem Amt durch das Parlament nur möglich ist, wenn es eben nicht nur eine Mehrheit gegen etwas gibt, sondern auch eine Mehrheit für etwas, das man gemeinsam für das Bessere hält.

Die Quoren der Geschäftsordnung, um ein solches Verfahren einzuleiten, stellen uns allen gemeinsam deshalb eine Prüffrage. Die Prüffrage lautet: Wie wollt ihr denn eine Kanzlermehrheit zustande bekommen, wenn nicht mal ein Viertel dieses Hauses bereit wäre, das Verfahren dafür einzuleiten? Diese Prüffrage stellt den Ausnahmecharakter dieses Verfahrens sicher; denn was nicht sein soll, ist, dass aus diesem Ausnahmeinstrument des konstruktiven Misstrauensvotums ein plenartägliches Kampfinstrument wird, das jede Sitzungswoche im Zweifelsfall gezogen wird, um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen unseres Grundgesetzes zu unterhöhlen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Und wer Erfahrung mit der Fraktion, die diesen Änderungsantrag stellt, hier in den letzten vier Jahren gesammelt hat, weiß genau, dass das Ziel ist: das Vertrauen in die demokratisch legitimierten Institutionen unseres Grundgesetzes zu unterspülen, indem aus einem Ausnahmeinstrument ein plenartägliches Kampfinstrument gemacht wird. Und dabei machen die Freien Demokraten nicht mit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Nächster Redner ist der Kollege Stephan Brandner, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Brandner (AfD):

Herr Alterspräsident! Lassen Sie mich zunächst Dank aussprechen für Ihre eindrucksvolle und ausgewogene Rede zu Beginn dieser Sitzung, die so ausgewogen und eindrucksvoll war, dass teilweise nur Applaus der AfD zu vernehmen war.

(Beifall bei der AfD)

(C)

Vielen Dank noch mal dafür, dass Sie uns vor Augen geführt haben, wo die Herausforderungen in der Zukunft liegen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns kurz über die rechtliche Flankierung des vor uns gemeinsam liegenden Lebensabschnittes in den nächsten vier Jahren, also der 20. Wahlperiode, reden. Das Regelwerk, über das ja schon hier gesprochen wurde, ist unter anderem die Geschäftsordnung, die sich zwar im Großen und Ganzen ganz nett liest, gleichwohl aber in der vergangenen Wahlperiode von Ihnen zur Bekämpfung der Opposition – und damit meine ich die AfD, die einzige Opposition; denn Sie alle regieren ja irgendwo irgendwie mit – missbraucht wurde:

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

sei es der Sündenfall zum Alterspräsidenten – Bernd Baumann hatte das angesprochen –, sei es die unparlamentarische Verhinderung des Bundestagsvizepräsidenten – damit können Sie ja heute Schluss machen und mal wieder zu richtigen Parlamentariern werden –, seien es durchgepeitschte Gesetze im Rahmen der Parteienfinanzierung, seien es fragwürdige Omnibusgesetze, die völlig Verschiedenes vermischen, nämlich Fluthilfe beispielsweise mit Coronamaßnahmen. Es gibt viel zu tun, viel zu regeln, viel zu ändern an der Geschäftsordnung; das haben meine Vorredner ja ausgeführt.

Meine Damen und Herren, wir sind heute in der beginnenden 20. Wahlperiode, in der konstituierenden Sitzung, weshalb wir uns auf zwei wichtige und wesentliche Dinge beschränken wollen: (D)

Zum einen – und das ist die Mehrheitsmeinung im deutschen Volke – geht es um die Lesbarkeit von Drucksachen durch Verzicht auf die sogenannte Gendersprache. Die deutliche Mehrheit unserer Bürger – ungefähr zwei Drittel – lehnt den Orwell'schen Sprachunsinn ab,

(Beifall bei der AfD)

ganz unabhängig davon, um wen es sich handelt. Männer und Frauen lehnen das ab. Sie wollen keine Sternchen, sie wollen keine Binnen-Is, sie wollen keine Doppelpunkte, sie wollen keine Schräg- und keine Unterstriche,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen keine AfD!)

und sie wollen keine künstlichen Stotterpausen. Also, Sie können was für unser Volk, für die Mehrheit des Volkes, tun. Handeln wir im Sinne der großen Mehrheit unserer Bürger! Handeln Sie im Sinne der großen Mehrheit unserer Bürger! Und lassen wir einen solchen Quatsch im Deutschen Bundestag einfach in Zukunft sein!

(Beifall bei der AfD)

Frau Haßelmann, Sie können natürlich gendern und künstlich stottern, wie Sie wollen – zu Hause, in Ihren Fraktionssitzungen oder auf Ihren Parteitag –, aber im Deutschen Bundestag sollte Vernunft walten. Dazu dient unser erster Antrag.

Meine Damen und Herren, der zweite Antrag steht ganz einfach unter dem Motto: Mehr Demokratie wagen.

Stephan Brandner

(A) (Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei der SPD)

Das war nicht nur ein Anliegen von Willy Brandt; das ist auch ein Anliegen der AfD seit Bestehen der AfD: Mehr Demokratie wagen im Großen, beispielsweise durch Volksabstimmungen und Volksbegehren; mehr Demokratie wagen aber auch im Kleinen, im Rahmen der Geschäftsordnung, die gänzlich weltfremd vorschreibt, dass allein für den Wahlvorschlag zum Bundeskanzler – Frau Haßelmann,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

da haben Sie unseren Antrag wohl nicht begriffen; entweder haben Sie ihn selbst nicht gelesen oder sich ihn falsch erklären lassen. Es geht nicht darum, dass wir das Quorum absenken wollen für die Wahl des Bundeskanzlers, sondern es geht schlicht und ergreifend um den Wahlvorschlag.

(Amira Mohamed Ali [DIE LINKE]: Ja, das hat sie doch gesagt!)

Also, Sie haben einfach am Thema vorbeigeredet, wie wir das von Ihnen kennen, Frau Haßelmann.

(Beifall bei der AfD)

Aber die Bestenauslese schlägt ja offenbar bei den Grünen auch bei den Parlamentarischen Geschäftsführern nicht durch.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: O mein Gott!)

(B) Bei der AfD ist das anders.

Also: Die Geschäftsordnung schreibt eigentlich völlig weltfremd vor, dass man für den Vorschlag zur Wahl eines Bundeskanzlers 25 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestags, also knapp 190, braucht. Allein um kandidieren zu dürfen, benötigt man diese Anzahl, die sich offenbart. Das ist ein ganz klarer Verstoß gegen die Geheimheit der Wahl. Und wenn wir in diesen bunten Bundestag hineinschauen, bringt nur eine einzige Partei es alleine zustande, 25 Prozent für den Wahlvorschlag zusammenzubekommen. Das wäre die SPD.

(Ralph Brinkhaus [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Eine andere Fraktion schafft es auch noch durch eine, sagen wir mal, seltsame Auslegung der Geschäftsordnung, durch eine komische Konstellation, dass sich zwei Parteien zusammenschließen, zwei Parteien, die krachend verloren haben bei der Bundestagswahl: die CDU bundesweit bei knapp 19 Prozent – das muss man mal wissen –, die CSU gerade mal bei 5,2 Prozent – gerade mal die 5-Prozent-Hürde übersprungen; die CSU hat gerade mal 0,3 Prozent mehr als die Linken.

(Dorothee Bär [CDU/CSU]: Ja, in einem Bundesland! In einem einzigen Bundesland! Der Vollhohn! Unmöglich! Unfassbar!)

Das muss man mal wissen, was in Deutschland los ist.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Demokratie verlangt danach, dass natürlich ein Wahlvorschlag gemacht werden kann von einem relativ geringen Quorum ausgehend.

(C) Deshalb schlagen wir vor: Jede Fraktion hat das Recht, einen Kandidaten vorzuschlagen zur Wahl des Bundeskanzlers. Dann – Frau Haßelmann, ich erkläre Ihnen das gerne noch mal – kommt es natürlich darauf an, dass man die Kanzlermehrheit im Deutschen Bundestag erreicht.

Das, was Herr Müller und Herr Buschmann hier gesagt haben, ist vom Bereich der Verschwörungstheorien wirklich nicht weit entfernt und von Unkenntnis auch nicht, Herr Müller. Nicht die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben das so eingeführt, sondern die Väter und Mütter der Geschäftsordnung. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben dazu gar nichts geregelt.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb unsere dringende Bitte, meine Damen und Herren, ganz im Sinne der Bürger unseres Landes: Verzichten wir auf die Gendersprache, und werden wir ganz im Sinne von Willy Brandt etwas demokratischer

(Zurufe von der SPD: Hoi!)

dadurch, dass wir die Formalien für den Vorschlag zum Kandidaten eines Bundeskanzlers etwas absenken! Werden Sie demokratischer! Folgen Sie der AfD! Stimmen Sie unseren Anträgen zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Voraussichtlich letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege Jan Korte, Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Jan Korte (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Alterspräsident Dr. Schäuble! Also, Herr Brandner, gleich in der ersten Sitzung die braune Widerlichkeitsskala in solche Höhen zu treiben,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Jetzt kommt die rote Widerlichkeit! Das ist noch schlimmer!)

das ist immerhin respektvoll.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Dass ausgerechnet Sie Willy Brandt zitieren, der gegen die Nazis gekämpft hat, der niedergekniet ist vor den Opfern des Aufstandes im Warschauer Ghetto, dass ausgerechnet Sie, die in der Tradition der Nazis stehen,

(Dr. Bernd Baumann [AfD]: Und Sie in der Tradition von Ulbricht!)

das hier anbringen, ist abartig, um das in aller Klarheit zu sagen. Abartig und ekelhaft!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Kleinwächter [AfD]: Sie hätten aus dem Parlament raus gehört! – Weitere Zurufe von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren von der AfD,

(Zurufe von der AfD)

Jan Korte

- (A) wenn ich mir die politische Lage angucke, dann finde ich zurzeit besonders wichtig: Wie entwickelt sich Corona? Ich finde es wichtig, darüber zu diskutieren, wie wir Kinderarmut bekämpfen können. Und ich mache mir große Sorgen, dass sich hier eine Koalition anbahnt, in der das Soziale hinten runterfallen wird, weil die stabil marktradikale FDP dafür schon sorgen wird.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP – Christian Lindner [FDP]: Das werden wir jetzt die nächsten vier Jahre hören!)

Das ist etwas, was mich und viele Menschen bewegt.

Was ist der AfD wichtig? Der AfD ist wichtig: die Verunglimpfung von geschlechtergerechter Sprache. Das einzig Sinnvolle an Ihrem Änderungsantrag ist, dass man sehen kann, wie parlamentarisch verblödet Sie eigentlich sind. Ich will Ihnen mal was sagen: Wir können an Ihrem Änderungsantrag – das ist das einzig Gute – sehr gut erkennen, dass Sie offenbar in vier Jahren Bundestag nicht einmal einen Gesetzestext gelesen haben. Da gibt es kein Binnen-I, keine Doppelpunkte und keine Gendersternchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist so absurd, was Sie hier beantragen, weil es das gar nicht gibt in den Gesetzestexten. Also: Völlig für den Papierkorb, was Sie hier vorgelegt haben!

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Meine Fraktion wird die Vorlage der sozialdemokratischen Fraktion unterstützen; denn ich halte diese Geschäftsordnung für eine gute Grundlage, auf der wir hier miteinander streiten und diskutieren können. Es findet unsere Zustimmung. Das bedeutet aber natürlich nicht, dass die Geschäftsordnung so bleibt, wie sie jetzt ist, sondern sie muss generalüberholt werden. Dazu will ich auch einige Vorschläge machen; sie sind gar nicht alle explizit von mir. Ich habe mir noch mal die Reden zum Beginn der letzten Wahlperiode vom Kollegen Buschmann, der Kollegin Haßelmann und vom Kollegen Schneider durchgelesen. Das sind ja sehr, sehr gute Vorschläge gewesen. Carsten, die guten Vorschläge scheiterten ja immer an der CDU/CSU. Das können wir jetzt ändern, und deswegen werden wir natürlich auch alle eure Vorschläge hier einbringen.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Das machen wir schon selber!)

Und dann ist ja auch eine Mehrheit kein Problem, worüber ich mich sehr freue.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte es für zentral, dass wir endlich dazu kommen, Ausschusssitzungen öffentlich zu machen. Ich finde, wir müssen das parlamentarische Fragerecht dringend stärken und ausbauen. Ich finde, wir müssen darüber diskutieren, wie wir die Möglichkeit von Großverdienern, durch Parteispenden Einfluss hier auf den Laden zu nehmen, endlich begrenzen können. Das ist eine zentrale Frage für die Glaubwürdigkeit der Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Ich glaube darüber hinaus – das ist jetzt bitter für die FDP –, dass wir endlich Großspenden von Unternehmen verbieten müssen. Denn Politik darf nicht käuflich sein. Da müssen Sie anders an Geld rankommen.

(Beifall bei der LINKEN)

So geht es auf jeden Fall nicht.

Ich will noch einen letzten Punkt ansprechen, über den wir hier wirklich nachdenken müssen. Wenn Sie sich mal die Wahlbeteiligung angucken, kann man erkennen: Es ist eine soziale Frage. Wenn ich mir den Wahlkreis Starnberg angucke, sehe ich, dass wir dort eine Wahlbeteiligung von 80 Prozent haben. Bei mir in Sachsen-Anhalt, im Wahlkreis Anhalt, sind es gerade mal 65 Prozent.

(Dr. Marco Buschmann [FDP]: Dann musst du mal bessere Werbung machen!)

Das heißt also, diejenigen, die das höchste Pro-Kopf-Einkommen haben, nehmen überproportional ihre demokratischen Rechte wahr, und damit haben wir ein Ungleichgewicht in der parlamentarischen Demokratie. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir auch für Leute, diese zum Teil 35 Prozent, die nicht mehr an Wahlen teilnehmen, die sich abgemeldet haben, die Parlamente und das Parlamentsgeschehen so attraktiv machen können, dass sie sich angesprochen fühlen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Enrico Komning [AfD]: Durch Sie passiert das bestimmt nicht!)

(D) Last, but not least: Ich glaube, dass wir bei der Kontrolle und der Begrenzung des Lobbyismus jetzt wirklich weiterkommen können, liebe Freunde von der SPD; denn die Halbtagslobbyisten der CDU/CSU sitzen ja – das ist das einzig Erfreuliche für meine Partei, kann man so sagen – jetzt in der Opposition.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Es scheint Ihnen sehr schlecht zu gehen!)

Sie sind jetzt kein Hinderungsgrund mehr. Deswegen glaube ich, dass wir für die Vorschläge der FDP, der Grünen und der SPD – die Linke ist immer für große Reformen zu haben –, die ich in der nächsten Woche einbringen werde und die zum Teil wortgleich von den Grünen und der FDP kommen, hier eine übergroße Mehrheit haben werden, und darüber freuen wir uns.

Alles Gute für die weitere Debatte!

(Beifall bei der LINKEN)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Korte, wir waren uns eigentlich in der letzten Legislaturperiode einig, dass wir Vorwürfe, dass Fraktionen oder Kolleginnen und Kollegen in der Tradition der Nationalsozialisten stehen, als unparlamentarisch in diesem Hause nicht hören wollen.

(Beifall bei der AfD – Jan Korte [DIE LINKE]: Stimmt aber!)

Mein Rat an meine Nachfolgerin

(Jan Korte [DIE LINKE]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) und an alle, die es angeht – Sie alle, mich eingeschlossen –, ist, dass wir daran auch in dieser Legislaturperiode festhalten.

Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der Drucksache 20/3 mit dem Titel „Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht, hier: Bessere Lesbarkeit von Drucksachen durch Verzicht auf Gendersprache“. Die Fraktion der AfD wünscht, über ihren Antrag in der Sache abzustimmen. Die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP wünschen Überweisung an den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Wir stimmen nach ständiger Übung zuerst über den Antrag auf Überweisung ab. Ich frage deshalb: Wer stimmt für die beantragte Überweisung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist die Überweisung gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses so beschlossen. Dann stimmen wir über den Antrag auf Drucksache 20/3 nicht in der Sache ab.

- (B) Dann kommt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD auf der Drucksache 20/4 mit dem Titel „Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht, hier: Quoren zur Wahl des Bundeskanzlers in § 4 Satz 2 GOBT und zum Misstrauensantrag gegen den Bundeskanzler in § 97 Absatz 1 Satz 2 GOBT senken“. Wer stimmt für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses abgelehnt.

Damit kommen wir zum Antrag der Fraktion der SPD auf der Drucksache 20/1 zur Weitergeltung von Geschäftsordnungsrecht. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag bei Enthaltung der AfD mit den Stimmen des übrigen Hauses angenommen.

Jetzt rufe ich den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten
verbunden mit Namensaufruf
und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit dieser Wahl werden der Namensaufruf der Mitglieder des Deutschen Bundestags und die Feststellung der Beschlussfähigkeit verbunden.

Es entspricht der parlamentarischen Tradition, dass die stärkste Fraktion eine Kandidatin oder einen Kandidaten vorschlägt. – Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Mützenich.

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Sehr geehrter Herr Alterspräsident, die SPD-Bundestagsfraktion schlägt die Kollegin Bärbel Bas vor.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

(C) Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben den Vorschlag gehört. Die Abgeordnete Bärbel Bas ist vorgeschlagen worden.

Jetzt bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige Hinweise zum Wahlverfahren: Die Wahl findet mit verdeckten Stimmkarten, also geheim, statt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Mitglieder des Hauses, also mindestens 369 Stimmen, erhält. Für diese Wahl benötigen Sie Ihren blauen Wahlausweis aus Ihrem Stimmkartenfach in der Westlobby. Die Abgeordneten auf den Tribünen haben ihre Wahlausweise vom Plenarassistenzdienst erhalten.

(Zurufe von der Tribüne: Nein!)

– Haben Sie nicht? Dann werden Sie ihn noch bekommen. Ich bitte, es zu veranlassen, dass Sie Ihren Wahlausweis bekommen.

Bitte kontrollieren Sie, dass Ihr Wahlausweis Ihren Namen trägt.

Die Abgeordneten hier unten, im Plenarsaal, werden in der Abgeordnetenlobby wählen. Gehen Sie bitte dort erst nach Aufruf Ihres Namens hin. Dort erhalten Sie eine blaue Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag von den Schriftführerinnen und Schriftführern an den Ausgabetischen. Die Abgeordneten auf der Tribüne werden auf der Tribünenebene wählen. Dort befindet sich auch ein Ausgabetisch für die genannten Wahlunterlagen sowie eine Wahlkabine.

(D) Gültig sind nur Stimmen mit einem Kreuz bei „Ja“, „Nein“ oder „Enthalte mich“. Ungültig sind Stimmen auf nichtamtlichen Stimmkarten sowie Stimmkarten, die mehr als ein Kreuz, kein Kreuz oder andere Namen enthalten.

Sie dürfen Ihre Stimmkarte nur in der Wahlkabine ankreuzen, und Sie müssen ebenfalls noch in der Wahlkabine die Stimmkarte in den Umschlag legen. Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind verpflichtet, jeden, der seine Stimmkarte außerhalb der Wahlkabine kennzeichnet oder in den Umschlag legt, zurückzuweisen. Die Stimmabgabe kann in einem solchen Fall jedoch vorschriftsmäßig wiederholt werden.

Nachdem Sie die Stimmkarte in einer Wahlkabine gekennzeichnet und dort in den Wahlumschlag gelegt haben, gehen Sie bitte zu den Wahlurnen. Bevor Sie den Wahlumschlag in eine der Wahlurnen werfen, müssen Sie Ihren Wahlausweis einer der Schriftführerinnen oder einem der Schriftführer an der Wahlurne übergeben. Der Nachweis der Teilnahme an der Wahl kann nur durch die Abgabe des Wahlausweises erbracht werden.

Die Wahlumschläge der Abgeordneten auf den Tribünen sowie die der übrigen Abgeordneten werden selbstverständlich vor der Auszählung zusammengeschüttet, sodass das Wahlgeheimnis gewahrt bleibt.

Noch ein Hinweis, der ebenso für die später folgenden Wahlen gilt: Das Fotografieren oder Filmen der ausgefüllten Stimmkarten stellt einen Verstoß gegen das Wahlgeheimnis dar und verletzt die Ordnung und Würde des Hauses. Für den Fall, dass ich von solchen Verstößen

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) gegen das Wahlgeheimnis in dieser Sitzung oder später Kenntnis erlange, behalte ich mir schon jetzt vor, Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen.

Ich erinnere außerdem an die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung sowie die Kolleginnen und Kollegen auf den Tribünen zusätzlich an das Abstandsgebot.

Jetzt bitte ich die eingeteilten Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Alle Plätze sind besetzt.

Damit bitte ich Sie, den Namensaufruf zu verfolgen und sich nach dem Aufruf Ihres Namens zur Entgegennahme der Stimmkarte und des Wahlumschlages zu den Ausgabetschen zu geben.

Die Schriftführerinnen und Schriftführer haben die Plätze eingenommen. Ich eröffne die Wahl und bitte, mit dem Aufruf der Namen zu beginnen.

(Namensaufruf und Wahl)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich fragen, ob es ein Mitglied des Hauses gibt, das seine Stimme noch nicht abgeben konnte, obwohl er oder sie es wollte? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zur Auszählung unterbreche ich die Sitzung für etwa 30 Minuten. Der Wiederbeginn der Sitzung wird rechtzeitig durch Klingelzeichen angekündigt.

- (B) (Unterbrechung von 13.01 bis 13.25 Uhr)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Sobald Sie Platz genommen haben, verrate ich Ihnen ein Geheimnis. – Sie sollten schon alle Platz genommen haben, wenn ich das Ergebnis der Wahl bekannt gebe – es ist immerhin die Wahl der Präsidentin des 20. Deutschen Bundestages: abgegebene Stimmen 724. Die Beschlussfähigkeit des 20. Deutschen Bundestages ist damit festgestellt. Mit Ja haben gestimmt 576 Abgeordnete.

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause – Die Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FDP, der LINKEN sowie Abgeordnete der AfD erheben sich)

Mit Nein haben gestimmt 90 Abgeordnete. Es gab 58 Enthaltungen. Die Kollegin Bärbel Bas hat die erforderliche Mehrheit von mindestens 369 Stimmen erreicht, und sie ist damit zur Präsidentin des 20. Deutschen Bundestages gewählt.¹⁾

Ich frage Sie jetzt, Frau Kollegin Bas: Nehmen Sie die Wahl an?

¹⁾ Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 2

Bärbel Bas (SPD):

Herr Alterspräsident, vielen Dank. Ich nehme die Wahl von Herzen gerne an. Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause – Abgeordnete aller Fraktionen gratulieren der Präsidentin und überreichen Blumensträuße)

Alterspräsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Dann, Frau Präsidentin, gratuliere ich Ihnen persönlich und auch im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich.

Sobald die Blumensträuße überreicht sind und die sonstigen Glückwünsche ausgesprochen, bitte ich Sie, dieses Amt hier zu übernehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt noch einmal: Frau Präsidentin, bitte übernehmen Sie das Amt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Tagesordnungspunkt 4:

Amtsübernahme durch die Präsidentin/den Präsidenten
mit Ansprache

Präsidentin Bärbel Bas:

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Annemarie Renger 1972 Bundestagspräsidentin wurde, war das eine Zeitenwende. Eine Frau an der Spitze des Deutschen Bundestages, eine Frau im zweithöchsten Amt! Das war neu und wahrscheinlich auch einigen nicht geheuer. Annemarie Renger hatte ihren Namen selbst ins Spiel gebracht, hat sie damals gesagt. Inzwischen sind fast 50 Jahre vergangen. Ich kann Ihnen versichern: Unsere Gesellschaft ist etwas weiter als damals. Ich habe nicht selbst den Finger gehoben – das stimmt –, aber ich habe im richtigen Moment Ja gesagt.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Zeitenwende empfinde ich meine Wahl dennoch.

Auf der Tribüne begrüße ich ganz besonders herzlich meine Vorgängerin Rita Süßmuth,

(Beifall)

eine weitere Politikerin, die diesem Hause und auch der Gesellschaft gezeigt hat, wie viel eine Frau in einem Staatsamt bewirken kann.

Ich begrüße ebenso herzlich Sabine Bergmann-Pohl, die in der deutschen Parlamentsgeschichte eine besondere Rolle gespielt hat: als Präsidentin der letzten und ersten frei gewählten Volkskammer der DDR.

(Beifall)

Hier im Bundestag werden die Debatten ausgetragen, die Debatten, die das Land bewegen. Regierung und Opposition treffen aufeinander. Politik wird verständlich und sichtbar, jeden Abend in den Nachrichten. Es tut

(C)

(D)

Präsidentin Bärbel Bas

- (A) unserem Land gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger sehen: Im Herzen der Demokratie trägt eine Frau die Verantwortung.

Heute konstituiert sich der 20. Deutsche Bundestag. Ich bin erst die dritte Frau an seiner Spitze. Die dritte seit 1949! Ruhmreich ist das nicht. Denn die Verantwortung ist lange noch nicht gerecht auf alle Schultern verteilt. Daran zu arbeiten, sehe ich als eine meiner besonderen Aufgaben als Bundestagspräsidentin.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben mich eben in dieses Amt gewählt. Was für eine Ehre! Ich danke Ihnen herzlich für das Vertrauen. Das ist ein großes Vertrauen, das Sie mir gegeben haben, und mir ist auch völlig bewusst, dass mit diesem Amt hohe Erwartungen verbunden sind.

Ich verspreche Ihnen: Ich werde die Präsidentin *aller* Abgeordneten sein. Ich werde all meine Kraft daransetzen, den Bundestag nach innen überparteilich zu leiten und nach außen selbstbewusst zu repräsentieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Darin werde ich übrigens *allen* meinen Vorgängerinnen und Vorgängern folgen.

- (B) Sehr geehrter Herr Schäuble, ich danke Ihnen für die nachdenklichen Worte zu Beginn der Sitzung. Vor allem danke ich Ihnen für Ihre außergewöhnlichen Leistungen in den vergangenen vier Jahren. Sie haben das Amt des Bundestagspräsidenten in einer herausfordernden Zeit übernommen. Das Parteiengefüge hatte sich verschoben. Unser Land durchlebte heftige, zornige Debatten, was sich übrigens auch hier im Hause widerspiegelt. Als Bundestagspräsident haben Sie die Kontroverse ermöglicht und zum Streit ermutigt. Aber Sie haben auch Grenzen gezogen, wo es nötig war. Sie haben stets darüber gewacht, dass die Würde des Parlaments gewahrt blieb. Ich denke, ich darf das im Namen aller Mitglieder dieses Hauses sagen: Sie haben sich um unsere parlamentarische Demokratie verdient gemacht. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN – Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Danken möchte ich auch dem scheidenden Vizepräsidenten Hans-Peter Friedrich und der ehemaligen Vizepräsidentin Dagmar Ziegler, die nicht mehr kandidiert hat, ebenso allen Kolleginnen und Kollegen, die das Parlament heute verlassen. Viele sind aus eigenem Entschluss gegangen, andere haben kein neues Mandat erhalten. Sie alle haben in den zurückliegenden Jahren hart für unser Land gearbeitet. Dafür gebührt Ihnen unser großer Respekt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Bei meinem Dank will ich die vielen Menschen im Hintergrund nicht vergessen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Abgeordnetenbüros, in den Fraktionen und auch in der Bundestagsverwaltung. Ihrem Einsatz verdanken wir die perfekte Organisation am heutigen Tag und – weit darüber hinaus – die Stabilität der deutschen Politik, die den politischen Neuanfang erst möglich macht.

Ich möchte an diesem Tag auch an einen besonderen Menschen erinnern, von dem ich wünschte, er könnte hier bei uns sitzen. Thomas Oppermann hat dem Deutschen Bundestag über viele Wahlperioden hinweg angehört: als überzeugter Sozialdemokrat, als leidenschaftlicher Parlamentarier und zuletzt als ein über Parteigrenzen hinweg geachteter Vizepräsident.

Gestern vor einem Jahr ist Thomas Oppermann von uns gegangen. Ich habe viel von ihm gelernt. Er beherrschte das parlamentarische Handwerk wie kaum ein anderer. Und ich spüre an einem Tag wie heute: Er fehlt.

Meine Damen und Herren, dieses Parlament ist besonders jung, und es tut unserem Land gut, dass sich gerade jüngere Menschen für Veränderung und Innovation starkmachen. Außerdem ist dieses Parlament besonders vielfältig. Das war bei der Verlesung der Namen unserer Schriftführer vorhin deutlich zu hören. Auch das tut unserem Land gut.

Die Zusammensetzung des 20. Deutschen Bundestages zeigt, dass seine Mitglieder in ganz verschiedenen Teilen der Gesellschaft verwurzelt sind. Sie bringen unterschiedliche Berufserfahrungen und Herkunftsgeschichten mit. Ihre Lebensläufe und Lebenswege werden unsere Debatten bereichern. Die Vielfalt ist eine Chance für uns alle – in diesem Haus, aber auch außerhalb.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Duisburg, wo ich geboren bin, hat übrigens auch noch nicht erlebt, dass ein Kind der Stadt in ein so hohes Staatsamt gewählt wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das musste ich jetzt einmal zwischendurch loswerden. Ich verspreche, meine Stadt nicht aus dem Blick zu verlieren. Dafür stehe ich: dass wir in dieser Legislaturperiode eine neue Bürgernähe entwickeln – nicht nur, weil dieser Bundestag beachtlich bunt zusammengesetzt ist.

Lassen Sie uns viele Menschen ansprechen, auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zugehen, vor allem auf jene, die sich von der Politik seit Langem nicht mehr angesprochen fühlen, Menschen, denen „die Politik“ fremd geworden ist. Ein vielfältiges, junges, frisch gewähltes Parlament kann leichter Brücken bauen. Es kann Vorurteile, Abwehrreaktionen und Misstrauen überwinden helfen.

Doch Politik ist nur dann gut, wenn sie auch verständlich ist. Das ist auch ein großes Versprechen der Demokratie. Und das hat viel mit unserer Sprache zu tun. Verstecken wir uns nicht hinter einem komplizierten

Präsidentin Bärbel Bas

- (A) Fachjargon, hinter Meinungen von Expertinnen und Experten! Ich wünsche mir, dass wir schwierige juristische Fragen, mit denen wir es zu tun haben, in die Sprache übersetzen, die in unserem Land gesprochen und verstanden wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Es liegt an uns: Wir können zeigen, dass wir Abgeordnete sind, die zuhören, und ein Parlament, dem zugehört wird. Wir brauchen dazu Worte, bei denen Zuhören Freude macht, weil sich aus unseren Debatten erschließt, dass wir uns hier im Bundestag mit den Fragen beschäftigen, die für die Zukunft aller Menschen in diesem Lande wichtig sind. Wir können über unsere Sprache zeigen, dass wir das Wohl aller im Blick haben.

Wer mit Gewinn zuhört, wer versteht, worum es hier in diesem Hause geht, wird auch das Gespräch suchen, den Austausch mit uns, den gewählten Abgeordneten. Wer merkt, dass wir diesen Austausch ernsthaft wollen, wird sich auf uns einlassen, wird mitdenken, über politische Entscheidungen mit uns streiten wollen und nicht gleich losschreien, dagegenhalten oder andere niedermachen.

Was wir brauchen, ist eine Einladung an möglichst viele Menschen, mitzumachen. Wir haben dafür neue Beteiligungsformen. Die Bürgerräte sind *ein* Format, das Teilhabe ermöglicht. So wünsche ich mir die kommende Legislatur im Deutschen Bundestag: offen und lebendig.

- (B) Dann sind wir natürlich noch lange nicht alle einer Meinung – natürlich nicht. Aber dann haben wir die Chance, Politik wieder als gemeinsames Ringen um Wege in die Zukunft zu begreifen. Dafür stehe ich, für ein respektvolles Miteinander, für eine verständliche Politik, für ein Parlament, das die Politik hinausträgt in die Gesellschaft.

Bringen wir die Debatten, die wir hier unter dieser Kuppel führen, in unsere Wahlkreise, zu mir nach Duisburg genauso wie nach Greifswald oder nach Passau oder an viele andere schöne Orte in unserem Land

(Zuruf: Köln!)

– „Köln“ höre ich gerade –,

(Heiterkeit – Gitta Connemann [CDU/CSU]: Ostfriesland!)

auch zu denen, die sich von der Politik abgewandt haben, die das Gefühl haben, nicht wahrgenommen zu werden! Sie müssen wie alle anderen auch eine Chance haben, sich in dieser Politik wiederzufinden. Das ist ihr gutes Recht. Denn sie alle sind gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft, genauso wie jene, die wir in Talkshows erleben, wie die, deren Tweets oder Facebook-Einträge Aufregung auslösen, wie die Vertreterinnen und Vertreter der kleinen und großen Interessenverbände und Organisationen. Sie alle sind wichtig.

Aber kümmern wir uns auch ganz bewusst um die Mitte der Gesellschaft! Es sind Menschen, die an Demonstrationen vorbeigehen, aber selbst nie demonstrieren würden, die zu erschöpft sind, um sich in Initiati-

ven zu engagieren, die mit ihrem Alltag zu kämpfen haben, die vollauf damit beschäftigt sind, ihre Kinder und ihre alternden Eltern zu versorgen, die gestrandet sind oder die unsere Sprache nicht sprechen, denen die Mittel fehlen, auf eigenen Beinen zu stehen. Sie alle haben auch Interessen – berechnete Interessen –,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

und sie haben wenig Gelegenheit, sich Gehör zu verschaffen. Ich wünsche mir, dass wir auch diesen Menschen zuhören und ihnen eine barrierefreie Teilhabe ermöglichen. Daran müssen wir arbeiten. Denn für alle diese Menschen sind wir da. Sie sollen sich in ihrem Parlament vertreten sehen; sie sollen sich in unserem Bundestag wiederfinden – alle, nicht nur eigene Anhänger. Das ist eine Verantwortung, die wir hier im Hause gemeinsam tragen.

Ich wünsche mir für diese Legislaturperiode gegenseitigen Respekt. Das ist keine Einbahnstraße: Ich erwarte Respekt *für* die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Respekt *von* ihnen und einen respektvollen Umgang miteinander hier im Haus. Wir haben eine Vorbildfunktion. Jede und jeder Einzelne von uns steht für „die Politik“ und damit in der Pflicht, den Deutschen Bundestag würdig zu vertreten.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Das ist nicht nur eine Frage des Stils; es ist auch eine Frage der demokratischen Kultur. Schlagen wir einen angemessenen Ton an! Schrille Laute hört niemand gern, leise Töne übrigens auch nicht. Wir können schon hörbar und vernehmlich Position beziehen, deutlich erklären, wohin wir wollen und welche Wege uns als die besten erscheinen. Widerspruch ist erlaubt. Darum tagen wir hier im Parlament: um Argumente auszutauschen, um den Streit in der Sache auszutragen.

Wir werden viele unterschiedliche Stimmen und Meinungen hören, gegensätzliche Argumente. Die Schärfe der Argumentation darf dabei den politischen Gegner nicht herabwürdigen, ihn nicht beschädigen. Wir sind nicht hier, einander persönlich zu bekriegen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Lassen Sie mich aber eins auch deutlich sagen: Hass und Hetze sind keine Meinung.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Als Präsidentin werde ich dieses Parlament vor Angriffen schützen und die Demokratie gegen ihre Feinde verteidigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele große, strittige Themen liegen vor uns: der Klimawandel, besonders der Umbau der Wirtschaft mit dem Ziel, Klimaneutralität zu erreichen. Nachhaltige Entscheidungen erwarten gerade

Präsidentin Bärbel Bas

- (A) die jungen Menschen in unserem Land von uns, und das Bundesverfassungsgericht hat ihnen recht gegeben. Wir entscheiden eben gerade nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die kommenden Generationen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für alle anderen drängenden Fragen, die wir zu beantworten haben: für Asyl und Migration, die Digitalisierung von Staat und Verwaltung, den Aufbruch in eine inklusive Gesellschaft. Diese konstituierende Sitzung zeigt im Übrigen: Auch die Pandemie und ihre Folgen werden uns noch weiter beschäftigen.

Und noch ein großes Thema ist uns allen erhalten geblieben: Ich fordere schon jetzt die Fraktionen auf – Sie sehen mich leicht schmunzeln, weil ich das schon ein bisschen von Herrn Schäuble vorhin gehört habe –, das Wahlrecht auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der AfD)

Ich wünsche mir eine Reform, die den Namen verdient. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. In Richtung der Fraktionen sage ich mal so locker: Jetzt aber wirklich!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

(B)

Das Parlament wird diese und andere wichtige Gesetzesvorhaben diskutieren und verabschieden. Ich lade Sie ein: Lassen Sie uns gemeinsam Politik machen zum Wohle der Menschen in unserem Land, in der Europäischen Union und weltweit. Ich erwarte dabei einen respektvollen Umgang miteinander in diesem Bundestag, integre Abgeordnete, die bei aller Unterschiedlichkeit in der Sache „wir“ sagen, die wieder Begeisterung am Mitmachen wecken und die verantwortlich handeln.

In dieser Wahlperiode werden wir den 75. Geburtstag des Grundgesetzes feiern – ein besonderes Datum, auf das wir uns, glaube ich, alle gemeinsam freuen können. Bei allem Streit, bei allen Konflikten und Krisen können wir froh und stolz darauf sein, dass wir in einer stabilen und lebendigen Demokratie leben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Ich freue mich auf die parlamentarische Arbeit mit Ihnen hier im Haus, und ich lade die Bürgerinnen und Bürger dazu ein, gemeinsam mit uns weiter an unserer Demokratie zu arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Dann wollen wir mal in die Tagesordnung weiter einsteigen. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf: (C)

Festlegung der Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten

Drucksache 20/5

Hierzu liegt ein Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke auf Drucksache 20/5 vor. Die Fraktion der CDU/CSU hat beantragt, über den Antrag getrennt abzustimmen, und zwar zum einen über Satz 1 – Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter – und zum anderen über Satz 2 – Vorschlagsrecht.

Ich rufe zunächst Satz 1 des Antrages auf. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Satz 1 des Antrages ist angenommen mit den Stimmen der Linken, der Fraktionen der SPD, der Grünen, der FDP und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion.

Schließlich rufe ich jetzt Satz 2 des Antrages auf. Wer stimmt für Satz 2?

(Abg. Fabian Jacobi [AfD] meldet sich von der Tribüne zu Wort)

– Ich bin mitten in der Abstimmung. Entschuldigung, aber in der Abstimmung kann man sich nicht zu Wort melden.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich wiederhole die Abstimmung. Wir stimmen über Satz 2 ab.

(Fabian Jacobi [AfD]: Entschuldigung! – Gegenruf des Abg. Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Machen Sie sich doch nicht zum Hampelmann!)

(D)

Ich wiederhole: Wer stimmt für Satz 2? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Satz 2 angenommen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Damit ist der Antrag insgesamt angenommen und die Zahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin auf sechs festgelegt.

(Abg. Fabian Jacobi [AfD] meldet sich erneut zu Wort)

– Jetzt ist die Abstimmung abgeschlossen, und ich erteile Ihnen das Wort.

(Das Mikrofon des Abg. Fabian Jacobi [AfD] schaltet sich nicht ein – Unruhe – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD], an den Abg. Fabian Jacobi [AfD] gewandt: Einfach testen lassen, dann kann man hier runtergehen!)

– Ich warte noch. Das kriegen wir technisch bestimmt gleich hin.

(Mike Moncsek [AfD]: Kein Strom!)

– Das ist keine Absicht. Die Technik ist auf dem Weg. Wir warten.

Fabian Jacobi (AfD):

Ah! Faszinierend. Wunderbar. – Frau Präsidentin, vielen Dank. Ich hatte zumindest versucht, mich vor der Abstimmung über Satz 2 zu Wort zu melden, der sich,

Fabian Jacobi

(A) wie Sie richtig erwähnt haben, auf das Vorschlagsrecht bei der Wahl der Stellvertreter der Präsidentin bezieht. Ich wollte nur fürs Protokoll anmerken, dass – auch im Hinblick auf den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Organstreit – ich davon ausgehe, dass dieser Satz 2 mein Vorschlagsrecht als Abgeordneter nicht tangiert. – Fürs Protokoll. Vielen Dank.

Das hätte ich gerne vor der Abstimmung gesagt. Das habe ich hiermit nachgeholt. Ich glaube nicht, dass es am Abstimmungsergebnis irgendwas geändert hätte. Aber es wäre korrekt gewesen, mich das vor der Abstimmung sagen zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

Präsidentin Bärbel Bas:

Vielen Dank.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin/des Präsidenten

Nach unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten geheim. Interfraktionell ist vereinbart worden, die Wahlen der sechs Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin mit Wahlausweis und einer Stimmkarte, auf der alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt sind, durchzuführen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann verfahren wir so.

(B)

Mir liegen folgende Vorschläge von den Fraktionen vor: von der Fraktion der SPD Aydan Özoğuz, von der Fraktion der CDU/CSU Yvonne Magwas, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Claudia Roth, von der Fraktion der AfD Dr. Michael Kaufmann und von der Fraktion Die Linke Petra Pau.

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wolfgang Kubicki!)

– Man könnte fast meinen, das wäre Absicht; aber das ist nicht so. Herr Kubicki, Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Heiterkeit bei der SPD – Wolfgang Kubicki [FDP]: Das geht ja gut los, Frau Präsidentin!)

Sie haben gerade festgestellt: Sie sind wahrscheinlich der einzige Mann, wenn das Ergebnis so kommt. – Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Selbstverständlich hat auch die Fraktion der FDP einen Vorschlag mit Wolfgang Kubicki.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Marco Buschmann [FDP]: Sehr gut! Guter Mann!)

Guter Mann, sagt zumindest die Fraktion.

Ich bitte aber dennoch noch mal um Ihre Aufmerksamkeit für weitere Hinweise zum Ablauf der Wahl.

Die Wahl findet mit verdeckten Stimmkarten, also geheim, statt. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält; das sind 369 Stimmen. Für diesen Wahlgang sind Stimmkarte und Wahl-

ausweis gelb. Ihren Wahlausweis können Sie, soweit (C) noch nicht geschehen, den Stimmkartenfächern in der Westlobby entnehmen. Die Abgeordneten auf der Tribüne haben ihren Wahlausweis vom Plenarsitzungsdienst erhalten. Diese Wahl erfolgt wieder in der Abgeordnetenlobby. Die auf der Tribüne sitzenden Kolleginnen und Kollegen wählen wieder oben auf der Tribüne. An den Ausgabetischen erhalten Sie Ihre gelbe Stimmkarte und den amtlichen Wahlumschlag. Auf der Stimmkarte sind alle vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten aufgeführt.

Sie können zu jedem Kandidatenvorschlag „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ ankreuzen. Sie haben also insgesamt sechs Stimmen. Wenn Sie bei einem Namen mehr als ein Kreuz oder gar kein Kreuz machen oder andere Namen oder Zusätze eintragen, ist diese Stimme ungültig. Sie dürfen Ihre Stimmkarte nur in der Wahlkabine ankreuzen und müssen die Stimmkarte ebenfalls noch in der Wahlkabine in den Umschlag legen.

Bevor Sie den Wahlumschlag in die Wahlurne werfen, müssen Sie Ihren Wahlausweis einer der Schriftführerinnen oder einem der Schriftführer an der Wahlurne übergeben.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Dieser Wahlgang erfolgt ohne Namensaufruf. Gehen Sie gleichwohl bitte nicht alle sofort; Sie haben ausreichend Zeit. Ich schließe die Wahl erst, wenn alle anwesenden Abgeordneten ihre Stimme abgegeben haben. Ich eröffne die Wahl.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben alle Mitglieder (D) des Hauses, auch die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihren Wahlumschlag abgegeben? – Noch nicht, ein Kopfschütteln. Dann warte ich noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben jetzt alle ihre Stimme abgegeben? – Das sieht gut aus; ich sehe einen erhobenen Daumen und ein Kopfnicken. Das ist dann offensichtlich der Fall. Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl unterbreche ich die Sitzung für voraussichtlich 80 Minuten. Aber vielleicht geht es auch schneller. Achten Sie auf das Klingelzeichen; das wird Sie auf jeden Fall wieder hierhinlocken. Der Wiederbeginn wird rechtzeitig durch Klingelsignal bekannt gegeben.

(Unterbrechung von 14.39 bis 15.44 Uhr)

Präsidentin Bärbel Bas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich würde Sie bitten, nach Möglichkeit wieder Platz zu nehmen. – Dann kann ich das Ergebnis der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin bekannt geben. Ich würde Sie bitten, mit den Glückwünschen zu warten, bis ich alle Ergebnisse verkündet habe und alle Gewählten die Annahme der Wahl erklärt haben.

Abgegebene Stimmen 727. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf Aydan Özoğuz 544 Jastimmen,

Präsidentin Bärbel Bas

- (A) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)
127 Neinstimmen, 55 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme.
Auf Yvonne Magwas entfielen 600 Jastimmen,
(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)
62 Neinstimmen, 60 Enthaltungen, 5 ungültige Stimmen.
Auf Claudia Roth entfielen 565 Jastimmen,
(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)
111 Neinstimmen, 50 Enthaltungen, 1 ungültige Stimme.
Auf Wolfgang Kubicki entfielen 564 Jastimmen,
(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)
91 Neinstimmen, 69 Enthaltungen, 3 ungültige Stimmen.
Auf Dr. Michael Kaufmann entfielen 118 Jastimmen, 553 Neinstimmen, 29 Enthaltungen und 27 ungültige Stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der AfD)

- (B) Auf Petra Pau entfielen 484 Jastimmen,
(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)
163 Neinstimmen, 76 Enthaltungen und 4 ungültige Stimmen.
Die Abgeordneten Aydan Özoğuz, Yvonne Magwas, Claudia Roth, Wolfgang Kubicki und Petra Pau haben die erforderliche Mehrheit erreicht und sind zu Stellvertreterinnen und Stellvertretern der Präsidentin gewählt.
(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)
Der Abgeordnete Dr. Michael Kaufmann hat die erforderliche Mehrheit nicht erreicht.¹⁾

Ich frage Sie, Frau Kollegin Aydan Özoğuz: Nehmen Sie die Wahl an?

Aydan Özoğuz (SPD):

Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl sehr gerne an und freue mich auf die Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

¹⁾ Namensverzeichnis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Wahl siehe Anlage 3

Präsidentin Bärbel Bas: (C)

Ich frage Sie, Frau Kollegin Magwas: Nehmen Sie die Wahl an?

Yvonne Magwas (CDU/CSU):

Ich nehme die Wahl an, bedanke mich auf das Herzlichste für das Vertrauen und freue mich auf die Zusammenarbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Präsidentin Bärbel Bas:

Vielen Dank. – Frau Kollegin Roth, nehmen Sie die Wahl an?

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ja, ich nehme sie mit großer Freude an, bedanke mich von ganzem Herzen für das Vertrauen und werde mich bemühen, es nicht zu enttäuschen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Herr Kollege Kubicki, nehmen Sie die Wahl an?

Wolfgang Kubicki (FDP): (D)

Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl sehr gerne an. Beim nächsten Mal werde ich mich auch selbst wählen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Bärbel Bas:

Frau Kollegin Pau, nehmen Sie die Wahl an?

Petra Pau (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an und freue mich auf die Zusammenarbeit für die Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Präsidentin Bärbel Bas:

Im Namen des Hauses und auch ganz persönlich wünsche ich Ihnen Glück und Erfolg für das verantwortungsvolle Amt, und ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit im Präsidium.

Jetzt hatte sich Herr Baumann gemeldet.

(Gabriele Katzmarek [SPD]: Jetzt gratulieren wir erst!)

Präsidentin Bärbel Bas

(A) Entschuldigung – wenn Sie noch zwei Sekunden warten, Herr Baumann. Die Kolleginnen und Kollegen möchten eben gratulieren, und dann komme ich noch einmal auf Sie zurück.

(Abgeordnete aller Fraktionen gratulieren den Vizepräsidentinnen und dem Vizepräsidenten – Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich den ersten PGF richtig verstanden habe,

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Welchen?)

dann beantragt die AfD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung. Ich würde die Sitzung jetzt bis circa 16.30 Uhr – eine halbe Stunde? – unterbrechen. Wir werden durch Klingelzeichen Bescheid geben, wenn es weitergeht.

Vielen Dank.

(Unterbrechung von 15.55 bis 16.30 Uhr)

Präsidentin Bärbel Bas:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte alle, Platz zu nehmen.

Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion hat mir gerade mitgeteilt, dass die AfD heute keinen weiteren Wahlgang wünscht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Für heute herzlichen Dank dafür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Sie bitte, sich zur **Nationalhymne** zu erheben, gestatten Sie mir noch einen Hinweis, auch an die Zuschauerinnen und Zuschauer: Pandemiebedingt und zum Schutz unserer Gesundheit verzichten wir ausnahmsweise auf das Mitsingen der Hymne. Das haben wir den Fraktionen auch so mitgeteilt. Ich würde mir wünschen, dass Sie das einhalten, für uns alle. Deshalb wird die Nationalhymne instrumental vorgetragen. – Da kommen sie.

(Beifall)

Ich bitte Sie, sich jetzt zu erheben.

(Nationalhymne – Beifall)

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung. Über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung des Deutschen Bundestages werde ich Sie rechtzeitig informieren.

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich Sie herzlich zu einem kleinen Empfang in die Halle des Paul-Löbe-Hauses einladen. Bitte beachten Sie, dass auch dort die 3-G-Regel gilt.

(Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.33 Uhr)

(B)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 1****Entschuldigte Abgeordnete**

Abgeordnete(r)		Abgeordnete(r)	
Chrupalla, Tino	AfD	Ortleb, Josephine *	SPD
Dieren, Jan	SPD	Pohl, Jürgen	AfD
Jensen, Gyde*	FDP	Witt, Uwe	AfD
Kluckert, Daniela	FDP		
Lehmann, Sylvia	SPD		
Nestle, Dr. Ingrid	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN		

* aufgrund gesetzlichen Mutterschutzes

Anlage 2**Ergebnis und Namensverzeichnis****der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben****(Tagesordnungspunkt 3)**

Abgegebene Stimmkarten: 724

Abgeordnete/r	Ja-Stimmen*	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Bärbel Bas	576	90	58	–

* Zur Wahl sind mindestens 369 Ja-Stimmen erforderlich.

SPD

Sanae Abdi
Adis Ahmetovic
Reem Alabali-Radovan
Dagmar Andres
Niels Annen
Johannes Arlt
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Daniel Baldy
Nezahat Baradari
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dr. Holger Becker
Jürgen Berghahn
Bengt Bergt
Jakob Blankenburg
Leni Breymaier
Katrin Budde
Isabel Cademartori Dujisin
Dr. Lars Castellucci
Jürgen Coße
Bernhard Daldrup

Hakan Demir
Dr. Karamba Diaby
Martin Diedenhofen
Esther Dilcher
Sabine Dittmar
Felix Döring
Falko Droßmann
Axel Echeverria
Sonja Eichwede
Heike Engelhardt
Dr. Wiebke Esdar
Saskia Esken
Yasmin Fahimi
Ariane Fäscher
Dr. Johannes Fechner
Sebastian Fiedler
Dr. Edgar Franke
Fabian Funke
Manuel Gava
Michael Gerdes
Martin Gerster
Angelika Glöckner
Timon Gremmels

Kerstin Griese
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Hubertus Heil (Peine)
Frauke Heiligenstadt
Gabriela Heinrich
Wolfgang Hellmich
Anke Hennig
Nadine Heselhaus
Thomas Hitschler
Jasmina Hostert
Verena Hubertz
Markus Hümpfer
Frank Junge
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Elisabeth Kaiser
Macit Karaahmetoglu
Carlos Kasper

Anna Kassautzki
Gabriele Kaczmarek
Rainer Johannes Keller
Dr. Franziska Kersten
Cansel Kiziltepe
Helmut Kleebank
Dr. Kristian Klinck
Lars Klingbeil
Annika Klose
Tim Klüssendorf
Dr. Bärbel Kofler
Simona Koß
Anette Kramme
Dunja Kreiser
Martin Kröber
Kevin Kühnert
Sarah Lahrkamp
Andreas Larem
Dr. Karl Lauterbach
Kevin Leiser
Luiza Licina-Bode
Esra-Leon Limbacher
Helge Lindh

(A)	Bettina Lugk Heiko Maas Dr. Tanja Machalet Isabel Mackensen-Geis Erik von Malottki Holger Mann Kaweh Mansoori Zanda Martens Dorothee Martin Parsa Marvi Franziska Mascheck Katja Mast Andreas Mehlretter Takis Mehmet Ali Robin Mesarosch Kathrin Michel Dr. Matthias Miersch Matthias David Mieves Susanne Mittag Falko Mohrs Claudia Moll Siemtje Möller Bettina Müller Michael Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Rasha Nasr Brian Nickholz Dietmar Nietan Jörg Nürnberger Lennard Oehl	Peggy Schierenbeck Timo Schisanowski Christoph Schmid Dr. Nils Schmid Uwe Schmidt Dagmar Schmidt (Wetzlar) Daniel Schneider Carsten Schneider (Erfurt) Olaf Scholz Johannes Schrapf Christian Schreider Michael Schrodi Svenja Schulze Frank Schwabe Stefan Schwartz Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Lina Seitzl Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Dr. Ralf Stegner Mathias Stein Nadja Sthamer Ruppert Stüwe Claudia Tausend Michael Thews Markus Töns Carsten Träger Anja Troff-Schaffarzyk Derya Türk-Nachbaur Frank Ullrich Marja-Liisa Völlers Dirk Vöpel Dr. Carolin Wagner Maja Wallstein Hannes Walter Carmen Wegge Melanie Wegling Dr. Joe Weingarten Lena Werner Bernd Westphal Dirk Wiese Dr. Herbert Wollmann Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Armand Zorn Katrin Zschau	Michael Brand (Fulda) Dr. Reinhard Brandl Dr. Helge Braun Silvia Breher Sebastian Brehm Heike Brehmer Michael Breilmann Ralph Brinkhaus Dr. Carsten Brodesser Dr. Marlon Bröhr Yannick Bury Gitta Connemann Mario Czaja Astrid Damerow Alexander Dobrindt Michael Donth Hansjörg Durz Ralph Edelhäuser Alexander Engelhard Martina Englhardt-Kopf Thomas Erndl Hermann Färber Uwe Feiler Enak Ferlemann Thorsten Frei Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Dr. Jonas Geissler Fabian Gramling Dr. Ingeborg Gräßle Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Oliver Grundmann Monika Grütters Serap Güler Fritz Güntzler Olav Gutting Christian Haase Florian Hahn Jürgen Hardt Matthias Hauer Dr. Stefan Heck Mechthild Heil Thomas Heilmann Mark Helfrich Michael Hennrich Marc Henrichmann Ansgar Heveling Susanne Hierl Christian Hirte Alexander Hoffmann Dr. Hendrik Hoppenstedt Franziska Hoppermann Hubert Hüppe Erich Irlstorfer Anne Janssen Thomas Jarzombek Andreas Jung Ingmar Jung	(C)	Anja Karliczek Ronja Kemmer Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Ottilie Klein Volkmar Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Jens Koeppen Anne König Markus Koob Carsten Körber Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Tilman Moritz Kuban Ulrich Lange Dr. Silke Launert Jens Lehmann Paul Lehrieder Dr. Katja Leikert Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Bernhard Loos Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Klaus Mack Yvonne Magwas Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Matthias Middelberg Dietrich Monstadt Maximilian Mörseburg Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Stefan Nacke Petra Nicolaisen Wilfried Oellers Moritz Oppelt Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß Dr. Martin Plum Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Josef Rief Lars Rohwer
(B)	Mahmut Özdemir (Duisburg) Aydan Özoğuz Dr. Christos Pantazis Wiebke Papenbrock Mathias Papendieck Natalie Pawlik Jens Peick Christian Petry Dr. Andreas Philippi Jan Plobner Sabine Poschmann Achim Post (Minden) Ye-One Rhie Andreas Rimkus Sönke Rix Dennis Rohde Sebastian Roloff Dr. Martin Rosemann Jessica Rosenthal Michael Roth (Heringen) Dr. Thorsten Rudolph Tina Rudolph Bernd Rützel Sarah Ryglewski Johann Saathoff Ingo Schäfer Axel Schäfer (Bochum) Rebecca Schamber Johannes Schätzl Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner	CDU/CSU Knut Abraham Stephan Albani Norbert Maria Altenkamp Philipp Amthor Artur Auernhammer Peter Aumer Dorothee Bär Thomas Bareiß Dr. André Berghegger Peter Beyer Marc Biadacz Steffen Bilger Simone Borchardt		(D)	

(A)	Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Erwin Rüdell Albert Rupprecht Catarina dos Santos Firnhaber Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Christiane Schenderlein Andreas Scheuer Jana Schimke Patrick Schnieder Nadine Schön Felix Schreiner Armin Schwarz Detlef Seif Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Katrin Staffler Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Diana Stöcker Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Christina Stumpp Dr. Hermann-Josef Tebroke Hans-Jürgen Thies	Maik Außendorf Tobias Bacherle Lisa Badum Annalena Baerbock Felix Banaszak Karl Bär Canan Bayram Katharina Beck Lukas Benner Dr. Franziska Brantner Agnieszka Brugger Frank Bsirske Dr. Anna Christmann Dr. Janosch Dahmen Ekin Deligöz Dr. Sandra Detzer Katharina Dröge Deborah Düring Harald Ebner Leon Eckert Marcel Emmerich Emilia Fester Schahina Gambir Tessa Ganserer Matthias Gastel Kai Gehring Stefan Gelbhaar Dr. Jan-Niclas Gesenhues Katrin Göring-Eckardt Dr. Armin Grau Erhard Grundl Sabine Grützmacher Robert Habeck Britta Haßelmann Linda Heitmann Kathrin Henneberger Bernhard Herrmann Dr. Bettina Hoffmann Dr. Anton Hofreiter Bruno Hönel Dieter Janecek Lamya Kaddor Dr. Kirsten Kappert-Gonther Michael Kellner Katja Keul Misbah Khan Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Chantal Kopf Laura Kraft Philip Krämer Oliver Krischer Christian Kühn (Tübingen) Renate Künast Markus Kurth Ricarda Lang Sven Lehmann Steffi Lemke Anja Liebert Helge Limburg Dr. Tobias Lindner Denise Loop Max Lucks Dr. Anna Lührmann	Zoe Mayer Susanne Menge Swantje Henrike Michaelsen Dr. Irene Mihalic Boris Mijatovic Claudia Müller Sascha Müller Beate Müller-Gemmeke Sara Nanni Dr. Ophelia Nick Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Karoline Otte Cem Özdemir Julian Pahlke Lisa Paus Dr. Paula Piechotta Filiz Polat Dr. Anja Reinalter Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Dr. Manuela Rottmann Corinna Rüffer Kassem Taher Saleh Jamila Schäfer Dr. Sebastian Schäfer Stefan Schmidt Marlene Schönberger Christina-Johanne Schröder Kordula Schulz-Asche Melis Sekmen Nyke Slawik Dr. Anne Monika Spallek Merle Spellerberg Nina Stahr Dr. Till Steffen Hanna Steinmüller Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Awet Tesfaiesus Jürgen Trittin Katrin Uhlig Dr. Julia Verlinden Niklas Wagener Robin Wagener Johannes Wagner Beate Walter-Rosenheimer Saskia Weishaupt Stefan Wenzel Tina Winklmann	Sandra Bubendorfer-Licht Dr. Marco Buschmann Karlheinz Busen Carl-Julius Cronenberg Bijan Djir-Sarai Christian Dürr Dr. Marcus Faber Daniel Föst Otto Fricke Maximilian Funke-Kaiser Martin Gaßner-Herz Knut Gerschau Thomas Hacker Reginald Hanke Philipp Hartewig Ulrike Harzer Peter Heidt Katrin Helling-Plahr Markus Herbrand Torsten Herbst Katja Hessel Dr. Gero Clemens Hocker Manuel Höferlin Dr. Christoph Hoffmann Reinhard Houben Olaf In der Beek Dr. Ann-Veruschka Jurisch Karsten Klein Daniela Kluckert Pascal Kober Dr. Lukas Köhler Carina Konrad Michael Kruse Wolfgang Kubicki Konstantin Kuhle Alexander Graf Lambsdorff Ulrich Lechte Jürgen Lenders Dr. Thorsten Lieb Lars Lindemann Christian Lindner Michael Georg Link (Heilbronn) Oliver Luksic Kristine Lütke Till Mansmann Anikó Merten Christoph Meyer Maximilian Mordhorst Alexander Müller Frank Müller-Rosentritt Claudia Raffelhüschen Dr. Volker Redder Hagen Reinhold Bernd Reuther Dr. h. c. Thomas Sattelberger Christian Sauter Frank Schäffler Ria Schröder Anja Schulz Matthias Seestern-Pauly Dr. Stephan Seiter Rainer Semet	(C)
(B)	Alexander Throm Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Markus Uhl Dr. Volker Ullrich Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Maria-Lena Weiss Sabine Weiss (Wesel I) Kai Whittaker Annette Widmann-Mauz Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Tobias Winkler Mechthilde Wittmann Mareike Lotte Wulf Emmi Zeulner Paul Ziemiak Nicolas Zippelius				(D)
	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Stephanie Aeffner Luise Amtsberg Andreas Audretsch		FDP Valentin Abel Katja Adler Renata Alt Christine Aschenberg-Dugnus Nicole Bauer Jens Bееck Ingo Bodtke Friedhelm Boginski Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar) Mario Brandenburg (Südpfalz)		

(A)	Judith Skudelny Bettina Stark-Watzinger Konrad Stockmeier Dr. Marie-Agnes Strack- Zimmermann Benjamin Strasser Linda Teuteberg Jens Teutrine Michael Theurer Stephan Thomae Nico Tippelt Manfred Todtenhausen Dr. Florian Toncar Dr. Andrew Ullmann Gerald Ullrich Johannes Vogel (Olpe) Sandra Weeser Nicole Westig Dr. Volker Wissing	Thomas Ehrhorn Dr. Michael Ependiller Robert Farle Peter Felser Dietmar Friedhoff Markus Frohnmaier Dr. Götz Frömming Dr. Alexander Gauland Albrecht Glaser Hannes Gnauck Kay Gottschalk Mariana Iris Harder-Kühnel Jochen Haug Martin Hess Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Johannes Huber Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Marc Jongen Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Stefan Keuter Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Barbara Lenk Rüdiger Lucassen Corinna Miazga Mike Moncsek Matthias Moosdorf Sebastian Münzenmaier Edgar Naujok	Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Martin Reichardt Martin Erwin Renner Frank Rinck Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider Uwe Schulz Thomas Seitz Martin Sichert Dr. Dirk Spaniel René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Alice Weidel Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak Kay-Uwe Ziegler	Christian Görke Ates Gürpınar Dr. Gregor Gysi Dr. André Hahn Susanne Hennig-Wellsow Andrej Hunko Katja Kipping Jan Korte Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Christian Leye Dr. Gesine Lötzsch Thomas Lutze Pascal Meiser Amira Mohamed Ali Cornelia Möhring Zaklin Nastic Petra Pau Sören Pellmann Victor Perli Heidi Reichinnek Martina Renner Bernd Riexinger Dr. Petra Sitte Jessica Tatti Alexander Ulrich Kathrin Vogler Dr. Sahra Wagenknecht Janine Wissler	(C)
	AfD				
	Carolin Bachmann Dr. Christina Baum Dr. Bernd Baumann Roger Beckamp Marc Bernhard Andreas Bleck René Bochmann Peter Boehringer Gereon Bollmann Dirk Brandes				
(B)	Stephan Brandner Jürgen Braun Marcus Bühl Joana Cotar Dr. Gottfried Curio Thomas Dietz		DIE LINKE Gökay Akbulut Ali Al-Dailami Dr. Dietmar Bartsch Matthias W. Birkwald Sevim Dağdelen Anke Domscheit-Berg Klaus Ernst Susanne Ferschl Nicole Gohlke	Fraktionslos Matthias Helferich Stefan Seidler	(D)

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

(A) **Anlage 3**

(C)

Ergebnisse und Namensverzeichnis**der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die an der Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Bundestages teilgenommen haben****(Tagesordnungspunkt 6)**

Abgegebene Stimmkarten: 727

Abgeordnete/r	Ja-Stimmen*	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Aydan Özoğuz	544	127	55	1
Yvonne Magwas	600	62	60	5
Claudia Roth	565	111	50	1
Wolfgang Kubicki	564	91	69	3
Dr. Michael Kaufmann	118	553	29	27
Petra Pau	484	163	76	4

* Zur Wahl sind mindestens 369 Ja-Stimmen erforderlich.

(B)

SPD

Sanae Abdi
 Adis Ahmetovic
 Reem Alabali-Radovan
 Dagmar Andres
 Niels Annen
 Johannes Arlt
 Heike Baehrens
 Ulrike Bahr
 Daniel Baldy
 Nezahat Baradari
 Sören Bartol
 Bärbel Bas
 Dr. Holger Becker
 Jürgen Berghahn
 Bengt Bergt
 Jakob Blankenburg
 Leni Breymaier
 Katrin Budde
 Isabel Cademartori Dujisin
 Dr. Lars Castellucci
 Jürgen Coße
 Bernhard Daldrup
 Hakan Demir
 Dr. Karamba Diaby
 Martin Diedenhofen
 Esther Dilcher
 Sabine Dittmar
 Felix Döring
 Falko Droßmann
 Axel Echeverria
 Sonja Eichwede
 Heike Engelhardt
 Dr. Wiebke Esdar
 Saskia Esken
 Yasmin Fahimi

Ariane Fäscher
 Dr. Johannes Fechner
 Sebastian Fiedler
 Dr. Edgar Franke
 Fabian Funke
 Manuel Gava
 Michael Gerdes
 Martin Gerster
 Angelika Glöckner
 Timon Gremmels
 Kerstin Griese
 Uli Grötsch
 Bettina Hagedorn
 Rita Hagl-Kehl
 Metin Hakverdi
 Sebastian Hartmann
 Dirk Heidenblut
 Hubertus Heil (Peine)
 Frauke Heiligenstadt
 Gabriela Heinrich
 Wolfgang Hellmich
 Anke Hennig
 Nadine Heselhaus
 Thomas Hitschler
 Jasmina Hostert
 Verena Hubertz
 Markus Hümpfer
 Frank Junge
 Josip Juratovic
 Oliver Kaczmarek
 Elisabeth Kaiser
 Macit Karaahmetoglu
 Carlos Kasper
 Anna Kassautzki
 Gabriele Katzmarek
 Rainer Johannes Keller
 Dr. Franziska Kersten

Cansel Kiziltepe
 Helmut Kleebank
 Dr. Kristian Klinck
 Lars Klingbeil
 Annika Klose
 Tim Klüssendorf
 Dr. Bärbel Kofler
 Simona Koß
 Anette Kramme
 Dunja Kreiser
 Martin Kröber
 Kevin Kühnert
 Sarah Lahrkamp
 Andreas Larem
 Dr. Karl Lauterbach
 Kevin Leiser
 Luiza Licina-Bode
 Esra-Leon Limbacher
 Helge Lindh
 Bettina Lugk
 Heiko Maas
 Dr. Tanja Machalet
 Isabel Mackensen-Geis
 Erik von Malottki
 Holger Mann
 Kaweh Mansoori
 Zanda Martens
 Dorothee Martin
 Parsa Marvi
 Franziska Mascheck
 Katja Mast
 Andreas Mehltrittter
 Takis Mehmet Ali
 Robin Mesarosch
 Kathrin Michel
 Dr. Matthias Miersch
 Matthias David Mieves

Susanne Mittag
 Falko Mohrs
 Claudia Moll
 Siemtje Möller
 Bettina Müller
 Michael Müller
 Detlef Müller (Chemnitz)
 Michelle Müntefering
 Dr. Rolf Mützenich
 Rasha Nasr
 Brian Nickholz
 Dietmar Nietan
 Jörg Nürnberger
 Lennard Oehl
 Mahmut Özdemir (Duisburg)
 Aydan Özoğuz
 Dr. Christos Pantazis
 Wiebke Papenbrock
 Mathias Papendieck
 Natalie Pawlik
 Jens Peick
 Christian Petry
 Dr. Andreas Philippi
 Jan Plobner
 Sabine Poschmann
 Achim Post (Minden)
 Ye-One Rhie
 Andreas Rimkus
 Sönke Rix
 Dennis Rohde
 Sebastian Roloff
 Dr. Martin Rosemann
 Jessica Rosenthal
 Michael Roth (Heringen)
 Dr. Thorsten Rudolph
 Tina Rudolph
 Bernd Rützel

(D)

(A)	<p>Sarah Ryglewski Johann Saathoff Ingo Schäfer Axel Schäfer (Bochum) Rebecca Schamber Johannes Schätzl Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Peggy Schierenbeck Timo Schisanowski Christoph Schmid Dr. Nils Schmid Uwe Schmidt Dagmar Schmidt (Wetzlar) Daniel Schneider Carsten Schneider (Erfurt) Olaf Scholz Johannes Schrapf Christian Schreider Michael Schrodi Svenja Schulze Frank Schwabe Stefan Schwartz Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Lina Seitzl Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Dr. Ralf Stegner Mathias Stein Nadja Sthamer</p>	<p>Artur Auernhammer Peter Aumer Dorothee Bär Thomas Bareiß Dr. André Berghegger Peter Beyer Marc Biadacz Steffen Bilger Simone Borchart Michael Brand (Fulda) Dr. Reinhard Brandl Dr. Helge Braun Silvia Breher Sebastian Brehm Heike Brehmer Michael Breilmann Ralph Brinkhaus Dr. Carsten Brodesser Dr. Marlon Bröhr Yannick Bury Gitta Connemann Mario Czaja Astrid Damerow Alexander Dobrindt Michael Donth Hansjörg Durz Ralph Edelhäuser Alexander Engelhard Martina Englhardt-Kopf Thomas Erndl Hermann Färber Uwe Feiler Enak Ferlemann Thorsten Frei Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Dr. Jonas Geissler Fabian Gramling Dr. Ingeborg Gräßle Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Oliver Grundmann Monika Grütters Serap Güler Fritz Güntzler Olav Gutting Christian Haase Florian Hahn Jürgen Hardt Matthias Hauer Dr. Stefan Heck Mechthild Heil Thomas Heilmann Mark Helfrich Michael Hennrich Marc Henrichmann Ansgar Heveling Susanne Hierl Christian Hirte</p>	<p>Alexander Hoffmann Dr. Hendrik Hoppenstedt Franziska Hoppermann Hubert Hüppe Erich Irlstorfer Anne Janssen Thomas Jarzombek Andreas Jung Ingmar Jung Anja Karliczek Ronja Kemmer Roderich Kiesewetter Michael Kießling Dr. Georg Kippels Dr. Ottilie Klein Volkmar Klein Julia Klöckner Axel Knoerig Jens Koeppen Anne König Markus Koob Carsten Körber Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Tilman Moritz Kuban Ulrich Lange Armin Laschet Dr. Silke Launert Jens Lehmann Paul Lehrieder Dr. Katja Leikert Dr. Andreas Lenz Andrea Lindholz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Bernhard Loos Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Klaus Mack Yvonne Magwas Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Dietrich Monstadt Maximilian Mörseburg Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Stefan Nacke Petra Nicolaisen Wilfried Oellers Moritz Oppelt Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß</p>	<p>Dr. Martin Plum Thomas Rachel Kerstin Radomski Alexander Radwan Alois Rainer Dr. Peter Ramsauer Henning Rehbaum Dr. Markus Reichel Josef Rief Lars Rohwer Dr. Norbert Röttgen Stefan Rouenhoff Thomas Röwekamp Erwin Rüddel Albert Rupprecht Catarina dos Santos Firnhaber Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Christiane Schenderlein Andreas Scheuer Jana Schimke Patrick Schnieder Nadine Schön Felix Schreiner Armin Schwarz Detlef Seif Thomas Silberhorn Björn Simon Tino Sorge Jens Spahn Katrin Staffler Dr. Wolfgang Stefinger Albert Stegemann Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Diana Stöcker Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Christina Stumpp Dr. Hermann-Josef Tebroke Hans-Jürgen Thies Alexander Throm Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Markus Uhl Dr. Volker Ullrich Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Maria-Lena Weiss Sabine Weiss (Wesel I) Kai Whittaker Annette Widmann-Mauz Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Tobias Winkler</p>	(C)
(B)	<p>Ruppert Stüwe Claudia Tausend Michael Thews Markus Töns Carsten Träger Anja Troff-Schaffarzyk Derya Türk-Nachbaur Frank Ullrich Marja-Liisa Völlers Dirk Vöpel Dr. Carolin Wagner Maja Wallstein Hannes Walter Carmen Wegge Melanie Wegling Dr. Joe Weingarten Lena Werner Bernd Westphal Dirk Wiese Dr. Herbert Wollmann Gülistan Yüksel Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Armand Zorn Katrin Zschau</p>	<p>CDU/CSU</p> <p>Knut Abraham Stephan Albani Norbert Maria Altenkamp Philipp Amthor</p>	<p>Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Bernhard Loos Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Klaus Mack Yvonne Magwas Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Volker Mayer-Lay Dr. Michael Meister Friedrich Merz Jan Metzler Dr. Mathias Middelberg Dietrich Monstadt Maximilian Mörseburg Axel Müller Florian Müller Sepp Müller Carsten Müller (Braunschweig) Stefan Müller (Erlangen) Dr. Stefan Nacke Petra Nicolaisen Wilfried Oellers Moritz Oppelt Florian Oßner Josef Oster Henning Otte Stephan Pilsinger Dr. Christoph Ploß</p>	<p>Albert Stegemann Johannes Steiniger Christian Frhr. von Stetten Dieter Stier Diana Stöcker Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Christina Stumpp Dr. Hermann-Josef Tebroke Hans-Jürgen Thies Alexander Throm Antje Tillmann Astrid Timmermann-Fechter Markus Uhl Dr. Volker Ullrich Kerstin Vieregge Dr. Oliver Vogt Christoph de Vries Dr. Johann David Wadephul Marco Wanderwitz Nina Warken Dr. Anja Weisgerber Maria-Lena Weiss Sabine Weiss (Wesel I) Kai Whittaker Annette Widmann-Mauz Dr. Klaus Wiener Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier- Becker Tobias Winkler</p>	(D)

- (A) Mechthilde Wittmann
Mareike Lotte Wulf
Emmi Zeulner
Paul Ziemiak
Nicolas Zippelius
- BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**
- Stephanie Aeffner
Luise Amtsberg
Andreas Audretsch
Maik Außendorf
Tobias Bacherle
Lisa Badum
Annalena Baerbock
Felix Banaszak
Karl Bär
Canan Bayram
Katharina Beck
Lukas Benner
Dr. Franziska Brantner
Agnieszka Brugger
Frank Bsirske
Dr. Anna Christmann
Dr. Janosch Dahmen
Ekin Deligöz
Dr. Sandra Detzer
Katharina Dröge
Deborah Düring
Harald Ebner
Leon Eckert
- (B) Marcel Emmerich
Emilia Fester
Schahina Gambir
Tessa Ganserer
Matthias Gastel
Kai Gehring
Stefan Gelbhaar
Dr. Jan-Niclas Gesenhues
Katrin Göring-Eckardt
Dr. Armin Grau
Erhard Grundl
Sabine Grützmacher
Robert Habeck
Britta Haßelmann
Linda Heitmann
Kathrin Henneberger
Bernhard Herrmann
Dr. Bettina Hoffmann
Dr. Anton Hofreiter
Bruno Hönel
Dieter Janecek
Lamya Kaddor
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Michael Kellner
Katja Keul
Misbah Khan
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Chantal Kopf
Laura Kraft
Philip Krämer
Oliver Krischer
- Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Sven Lehmann
Steffi Lemke
Anja Liebert
Helge Limburg
Dr. Tobias Lindner
Denise Loop
Max Lucks
Dr. Anna Lührmann
Zoe Mayer
Susanne Menge
Swantje Henrike Michaelsen
Dr. Irene Mihalic
Boris Mijatovic
Claudia Müller
Sascha Müller
Beate Müller-Gemmeke
Sara Nanni
Dr. Ophelia Nick
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Karoline Otte
Cem Özdemir
Julian Pahlke
Lisa Paus
Dr. Paula Piechotta
Filiz Polat
Dr. Anja Reinalter
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Dr. Manuela Rottmann
Corinna Rüffer
Kassem Taher Saleh
Jamila Schäfer
Dr. Sebastian Schäfer
Ulle Schauws
Stefan Schmidt
Marlene Schönberger
Christina-Johanne Schröder
Kordula Schulz-Asche
Melis Sekmen
Nyke Slawik
Dr. Anne Monika Spallek
Merle Spellerberg
Nina Stahr
Dr. Till Steffen
Hanna Steinmüller
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Awet Tesfaiesus
Jürgen Trittin
Katrin Uhlig
Dr. Julia Verlinden
Niklas Wagener
Robin Wagener
Johannes Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Saskia Weishaupt
Stefan Wenzel
Tina Winklmann
- FDP**
- Valentin Abel
Katja Adler
Muhanad Al-Halak
Renata Alt
Christine Aschenberg-Dugnus
Nicole Bauer
Jens Bееck
Ingo Boddte
Friedhelm Boginski
Dr. Jens Brandenburg
(Rhein-Neckar)
Mario Brandenburg
(Südpfalz)
Sandra Bubendorfer-Licht
Dr. Marco Buschmann
Karlheinz Busen
Carl-Julius Cronenberg
Bijan Djir-Sarai
Christian Dürr
Dr. Marcus Faber
Daniel Föst
Otto Fricke
Maximilian Funke-Kaiser
Martin Gaßner-Herz
Knut Gerschau
Thomas Hacker
Reginald Hanke
Philipp Hartewig
Ulrike Harzer
Peter Heidt
Katrin Helling-Plahr
Markus Herbrand
Torsten Herbst
Katja Hessel
Dr. Gero Clemens Hocker
Manuel Höferlin
Dr. Christoph Hoffmann
Reinhard Houben
Olaf In der Beek
Gyde Jensen
Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Karsten Klein
Daniela Kluckert
Pascal Kober
Dr. Lukas Köhler
Carina Konrad
Michael Kruse
Wolfgang Kubicki
Konstantin Kuhle
Alexander Graf Lambsdorff
Ulrich Lechte
Jürgen Lenders
Dr. Thorsten Lieb
Lars Lindemann
Christian Lindner
Michael Georg Link
(Heilbronn)
Oliver Luksic
Kristine Lütke
Till Mansmann
Anikó Merten
Christoph Meyer
Maximilian Mordhorst
- Alexander Müller
Frank Müller-Rosentritt
Claudia Raffelhüschen
Dr. Volker Redder
Hagen Reinhold
Bernd Reuther
Dr. h. c. Thomas
Sattelberger
Christian Sauter
Frank Schäffler
Ria Schröder
Anja Schulz
Matthias Seestern-Pauly
Dr. Stephan Seiter
Rainer Semet
Judith Skudelny
Bettina Stark-Watzinger
Konrad Stockmeier
Dr. Marie-Agnes Strack-
Zimmermann
Benjamin Strasser
Linda Teuteberg
Jens Teutrine
Michael Theurer
Stephan Thomae
Nico Tippelt
Manfred Todtenhausen
Dr. Florian Toncar
Dr. Andrew Ullmann
Gerald Ullrich
Johannes Vogel (Olpe)
Sandra Weeser
Nicole Westig
Dr. Volker Wissing
- (C)
- AfD**
- Carolin Bachmann
Dr. Christina Baum
Dr. Bernd Baumann
Roger Beckamp
Marc Bernhard
Andreas Bleck
René Bochmann
Peter Boehringer
Gereon Bollmann
Dirk Brandes
Stephan Brandner
Jürgen Braun
Marcus Bühl
Joana Cotar
Dr. Gottfried Curio
Thomas Dietz
Thomas Ehrhorn
Dr. Michael Ependiller
Robert Farle
Peter Felser
Dietmar Friedhoff
Markus Frohnmaier
Dr. Götz Frömming
Dr. Alexander Gauland
Albrecht Glaser
Hannes Gnauck
Kay Gottschalk
- (D)

(A)	<p>Mariana Iris Harder-Kühnel Jochen Haug Martin Hess Karsten Hilse Nicole Höchst Leif-Erik Holm Johannes Huber Gerrit Huy Fabian Jacobi Steffen Janich Dr. Marc Jongen Dr. Malte Kaufmann Dr. Michael Kaufmann Stefan Keuter Norbert Kleinwächter Enrico Komning Jörn König Steffen Kotré Dr. Rainer Kraft Barbara Lenk Rüdiger Lucassen Corinna Miazga Mike Moncsek Matthias Moosdorf Sebastian Münzenmaier</p>	<p>Edgar Naujok Jan Ralf Nolte Gerold Otten Tobias Matthias Peterka Stephan Protschka Martin Reichardt Martin Erwin Renner Frank Rinck Bernd Schattner Ulrike Schielke-Ziesing Eugen Schmidt Jan Wenzel Schmidt Jörg Schneider Uwe Schulz Thomas Seitz Martin Sichert Dr. Dirk Spaniel René Springer Klaus Stöber Beatrix von Storch Dr. Alice Weidel Dr. Harald Weyel Wolfgang Wiehle Dr. Christian Wirth Joachim Wundrak</p>	<p>Kay-Uwe Ziegler</p> <p>DIE LINKE</p> <p>Gökay Akbulut Ali Al-Dailami Dr. Dietmar Bartsch Matthias W. Birkwald Sevim Dağdelen Anke Domscheit-Berg Klaus Ernst Susanne Ferschl Nicole Gohlke Christian Görke Ates Gürpınar Dr. Gregor Gysi Dr. André Hahn Susanne Hennig-Wellsow Katja Kipping Jan Korte Ina Latendorf Caren Lay Ralph Lenkert Christian Leye Dr. Gesine Lötzs</p>	(C)
			<p>Thomas Lutze Pascal Meiser Amira Mohamed Ali Cornelia Möhring Zaklin Nastic Petra Pau Sören Pellmann Victor Perli Heidi Reichinnek Martina Renner Bernd Riexinger Dr. Petra Sitte Jessica Tatti Alexander Ulrich Kathrin Vogler Dr. Sahra Wagenknecht Janine Wissler</p> <p>Fraktionslos</p> <p>Matthias Helferich Stefan Seidler</p>	

Abgeordnete, die sich wegen gesetzlichen Mutterschutzes für ihre Abwesenheit entschuldigt haben, sind in der Liste der entschuldigten Abgeordneten (Anlage 1) aufgeführt.

(B)

(D)